



SOLVENCY AND FINANCIAL CONDITION REPORT

2022

DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Inhalt

Zusammenfassung	5
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	6
A.1 Geschäftstätigkeit	6
A.1.1 Allgemeine Angaben	6
A.1.2 Informationen zur aufsichtsrechtlichen Überwachung	6
A.1.3 Informationen zum zuständigen Wirtschaftsprüfer	6
A.1.4 Informationen zu den Eigentumsverhältnissen	7
A.1.5 Informationen zur Struktur der SIGNAL IDUNA Gruppe	7
A.1.6 Geschäftsbereiche und Tätigkeitsgebiete	8
A.1.7 Geschäftsvorfälle und Ereignisse	8
A.2 Versicherungstechnische Leistung	9
A.3 Anlageergebnis	10
A.3.1 Erträge und Aufwendungen aus dem Anlagegeschäft	10
A.3.2 Direkt im Eigenkapital berücksichtigte Gewinne und Verluste	10
A.3.3 Anlagen in Verbriefungen	10
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	11
A.5 Sonstige Angaben	11
B. Governance-System	12
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	12
B.1.1 Darstellung der Leitungs- und Aufsichtsorgane	13
B.1.2 Darstellung der vier Schlüsselfunktionen	14
B.1.3 Darstellung wesentlicher Änderungen des Governance-Systems	16
B.1.4 Angaben zur Vergütungspolitik und Vergütungspraktiken	17
B.1.5 Informationen zu wesentlichen Transaktionen	17
B.1.6 Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems	17
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	18
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	19
B.3.1 Risikomanagementsystem	19
B.3.2 Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	21
B.4 Internes Kontrollsystem	23
B.4.1 Beschreibung des internen Kontrollsystems	23
B.4.2 Beschreibung der Umsetzung der Compliance-Funktion	23

B.5	Funktion der Internen Revision.....	25
B.6	Versicherungsmathematische Funktion	28
B.7	Outsourcing.....	29
B.8	Sonstige Angaben	30
C.	Risikoprofil.....	31
C.1	Versicherungstechnisches Risiko.....	32
C.2	Marktrisiko.....	34
C.3	Kreditrisiko (= Gegenparteiausfallrisiko).....	36
C.4	Liquiditätsrisiko	37
C.5	Operationelles Risiko.....	37
C.6	Andere wesentliche Risiken.....	39
C.7	Sonstige Angaben	40
D.	Bewertung für Solvabilitätszwecke	41
D.1	Vermögenswerte.....	41
D.2	Versicherungstechnische Rückstellungen.....	46
D.3	Sonstige Verbindlichkeiten	48
D.4	Alternative Bewertungsmethoden.....	50
D.5	Sonstige Angaben	50
E.	Kapitalmanagement	51
E.1	Eigenmittel	51
E.1.1	Grundsätze des Eigenmittelmanagements.....	51
E.1.2	Informationen zur Eigenmittelzusammensetzung.....	51
E.1.3	Bewertungsunterschiede zwischen der lokalen Rechnungslegung und Solvency II.....	51
E.1.4	Übersicht der Basiseigenmittel aus Übergangsmaßnahmen	52
E.1.5	Übersicht der ergänzenden Eigenmittel	52
E.1.6	Übersicht der Abzugspositionen	52
E.1.7	Informationen zum Verlustausgleichsmechanismus	52
E.1.8	Erläuterungen zum Ausgleichssaldo	52
E.2	Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	53
E.2.1	Detaildarstellung zur Solvenzkapitalanforderung	53
E.2.2	Detaildarstellung zur Mindestkapitalanforderung	53
E.2.3	Angaben zu vereinfachten Berechnungen	53
E.2.4	Angaben zu unternehmensspezifischen Parametern und Kapitalaufschlägen	54
E.2.5	Bei der Berechnung der Mindestkapitalanforderung verwendete Inputs.....	54

E.2.6	Änderungen der Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung im Berichtszeitraum.....	54
E.3	Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvvenzkapitalanforderung	54
E.4	Unterschiede zwischen der Standardformel und etwaig verwendeten internen Modellen.....	54
E.5	Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvvenzkapitalanforderung	55
E.6	Sonstige Angaben	55
Anlagen	56

Zusammenfassung

Die DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG wurde 1956 gegründet und ist seit 2008 ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe. Die Anteile des Unternehmens werden zu 100 % von der alleinigen Gesellschafterin SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund, gehalten.

Gegenstand der Geschäftstätigkeit ist nach der Satzung des Unternehmens der Betrieb aller Arten der Rechtsschutzversicherung. Die DEURAG ist der Rechtsschutzversicherer der SIGNAL IDUNA Gruppe.

Die aktuelle Aufbau- und Ablauforganisation unterstützt die Ziele der Geschäfts- und Risikostrategie. Die DEURAG verfügt über ein wirksames Governance-System, um ein solides und vorsichtiges Management zu gewährleisten. Wesentlicher Bestandteil im Governance-System sind die vier eingerichteten Governance-Funktionen Risikomanagement, Versicherungsmathematische Funktion, Compliance und Interne Revision.

Das Risikoprofil der DEURAG ist durch das Versicherungsgeschäft geprägt. Die Basissolvanzkapitalanforderung (BSCR) vor Diversifikation setzt sich zu 55 % aus dem versicherungstechnischen Risiko, zu 44 % aus dem Marktrisiko und zu 2 % aus dem Gegenparteiausfallrisiko zusammen.

Die methodischen und quantitativen Bewertungsunterschiede zwischen der handelsrechtlichen und ökonomischen Bilanz nach Solvency II (Solvabilitätsübersicht) sind im Kapitel zur Bewertung für Solvabilitätszwecke beschrieben. Wesentliche Änderungen der Bewertungsgrundlagen zum Vorjahr haben sich nicht ergeben.

Die nach der Standardformel ermittelte Solvenzkapitalanforderung (SCR) betrug 74.475 TEUR (Vorjahr: 87.482 TEUR). Die Mindestkapitalanforderung (MCR) belief sich auf 33.514 TEUR (Vorjahr: 39.367 TEUR). Die Änderung der Solvenzkapitalanforderung ergab sich vor allem aus der erstmaligen Anwendung des unternehmensspezifischen Parameters für das Prämienrisiko.

Die Aufstellung der Solvabilitätsübersicht folgt den Vorschriften der §§ 74 – 87 VAG. Die anrechenbaren Eigenmittel für die Solvenzkapitalanforderung beliefen sich auf 118.915 TEUR (Vorjahr: 114.779 TEUR), die für die Mindestkapitalanforderung auf 98.557 TEUR (Vorjahr: 96.925 TEUR).

Aus der Gegenüberstellung der Solvenz- bzw. Mindestkapitalanforderung mit den anrechenbaren Eigenmitteln ergeben sich zum Berichtsstichtag Bedeckungsquoten von 159,7 % (SCR) bzw. 294,1 % (MCR). Diese lagen im Vorjahr bei 131,2 % (SCR) bzw. 246,2 % (MCR). Der Anstieg in der Bedeckungsquote ist insbesondere auf die vorgenannte Entwicklung der Solvenzkapitalanforderung zurückzuführen.

Dieser Bericht über Solvabilität und Finanzlage (**Solvency and Financial Condition Report - SFCR**) wird seit Inkrafttreten von Solvency II im Jahr 2016 erstellt. Das Berichtsjahr der DEURAG beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember eines jeden Jahres. Dieser SFCR bezieht sich daher auf den Stichtag 31. Dezember 2022.

Im Bericht werden Zahlen in Tausend Euro (TEUR) angegeben. Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (TEUR, % usw.) auftreten.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

A.1.1 Allgemeine Angaben

Die DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG (im Folgenden „DEURAG“ oder „Gesellschaft“ genannt) ist ein den Solvency-II-Anforderungen unterliegender Erstversicherer des deutschen Marktes in Form einer Aktiengesellschaft. Die Firmenadresse lautet:

Abraham-Lincoln-Straße 3
65189 Wiesbaden
Internet: www.deurag.de

A.1.2 Informationen zur aufsichtsrechtlichen Überwachung

Zuständig für die aufsichtliche Überwachung der Versicherungsgesellschaft ist die

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn

Tel.: +49 228 4108 - 0
Fax: +49 228 4108 - 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Die Gesellschaft ist Teil der ebenfalls durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht überwachten SIGNAL IDUNA Gruppe.

A.1.3 Informationen zum zuständigen Wirtschaftsprüfer

Zuständig für die Wirtschaftsprüfung der Versicherungsgesellschaft ist die

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Klingelhöferstr. 18
10785 Berlin

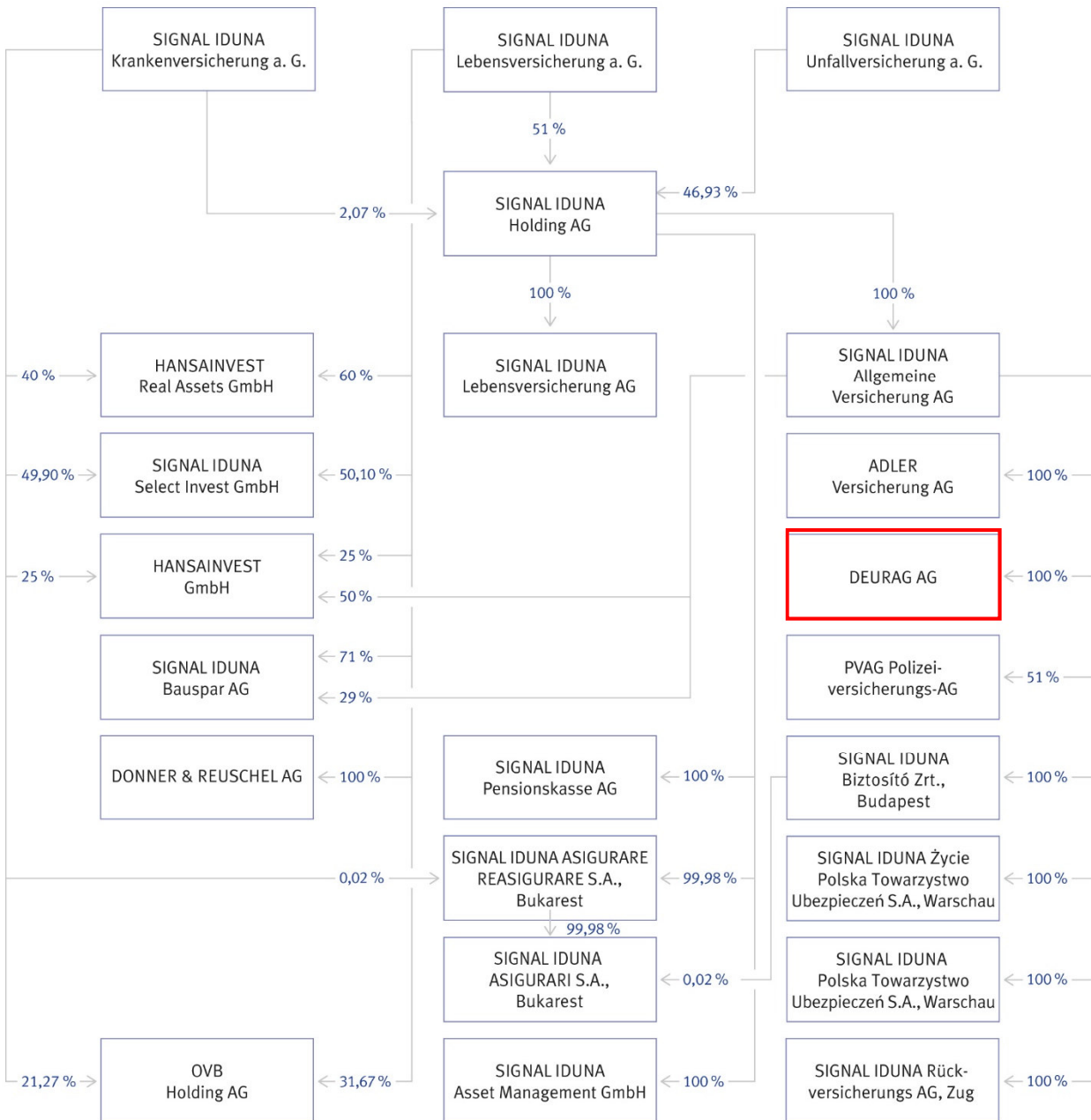
Tel.: +49 30 2068 0
Fax: +49 30 2068 2000
www.kpmg.de.

A.1.4 Informationen zu den Eigentumsverhältnissen

Die DEURAG ist ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe und eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund.

A.1.5 Informationen zur Struktur der SIGNAL IDUNA Gruppe

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Einbettung der DEURAG in die SIGNAL IDUNA Gruppe sowie den gesamten Aufbau der SIGNAL IDUNA Gruppe selbst:



Die DEURAG hielt Anfang der Berichtsperiode folgende Anteile an verbundenen Unternehmen:

- ITC Consult GmbH, Wiesbaden. Die DEURAG war im Berichtsjahr zu 100,0 % am gezeichneten Kapital der ITC beteiligt.
- RSS Rechtsschutz-Service GmbH, Wiesbaden. Die DEURAG war im Berichtsjahr zu 100,0 % am gezeichneten Kapital der RSS beteiligt. Die Gesellschaft wurde per 18. August 2022 auf die DEURAG rückwirkend zum 1. Januar 2022 verschmolzen.

A.1.6 Geschäftsbereiche und Tätigkeitsgebiete

Die DEURAG ist der Rechtsschutzversicherer der SIGNAL IDUNA Gruppe. Gegenstand der Geschäftstätigkeit ist nach § 2 der Satzung der Betrieb aller Arten der Rechtsschutzversicherung. Die Geschäftstätigkeit erstreckt sich auf die Bundesrepublik Deutschland.

A.1.7 Geschäftsvorfälle und Ereignisse

Wesentliche Geschäftsvorfälle, die hier zu berichten wären, lagen 2022 nicht vor.

A.2 Versicherungstechnische Leistung

In diesem Kapitel werden die versicherungstechnischen Leistungen des Berichtszeitraumes beschrieben. Zu den Risikominderungstechniken wird auf das Kapitel C.1.3 verwiesen.

Die Angaben zu der versicherungstechnischen Leistung leiten wir grundsätzlich aus den Werten per 31. Dezember 2022 nach dem Berichtsformular „Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen“ (S.05.01.01) ab. Die dort aufgeführten Werte betreffen die verdienten Beiträge, die Aufwendungen für Versicherungsfälle, die Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen, die angefallenen Aufwendungen inkl. Schadenregulierungskosten (Summe der Aufwendungen für Verwaltung, Vermögensverwaltung, Schadenregulierung und Abschluss) sowie die sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen. Diese Ergebniskomponenten werden im Folgenden dargestellt nach der Unterteilung Brutto, Passive Rückversicherung und Netto. Die versicherungstechnische Leistung drückt sich in dem Nettoergebnis des Gesamtgeschäftes aus.

Das Geschäftsgebiet der DEURAG erstreckt sich auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Die versicherungstechnische Leistung inklusive der sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen belief sich auf 3.058 TEUR (Vorjahr: -4.362 TEUR). In der folgenden Tabelle sind die einzelnen Ergebniskomponenten dargestellt:

Versicherungstechnische Leistung	2022			2021
	Brutto	Passive Rückvers.	Netto	Netto
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verdiente Beiträge	179.868	-4	179.864	177.871
Aufwendungen für Versicherungsfälle	-114.475	47	-114.428	- 120.068
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen	3		3	- 1
Angefallene Aufwendungen inkl. Schadenregulierungskosten	-62.381		-62.381	-62.165
Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen				
Versicherungstechnische Leistung	3.015	43	3.058	-4.362

A.3 Anlageergebnis

A.3.1 Erträge und Aufwendungen aus dem Anlagegeschäft

Das wirtschaftliche Ergebnis der Anlagetätigkeit belief sich zum 31. Dezember 2022 auf -61.550 (Vorjahr: -2.723 TEUR) TEUR und wird in der folgenden Tabelle nach Ergebniskomponenten dargestellt:

	2022	2021	Abweichung
	TEUR	TEUR	TEUR
Wirtschaftliches Ergebnis der Anlagetätigkeit			
Erträge aus Mieten	476	501	-24
Erträge aus Dividenden	398	2.036	-1.638
Zinserträge	6.608	6.726	-118
Laufende Erträge	7.482	9.263	-1.781
Gewinne/Verluste aus Veräußerung von Anlagen saldiert	-611	-813	202
Realisiertes Anlageergebnis	6.871	8.449	-1.578
Veränderung der nicht realisierten Gewinne/Verluste saldiert	-68.421	-11.173	-57.248
Wirtschaftliches Ergebnis der Anlagetätigkeit	-61.550	-2.724	-58.827

Aus der Kapitalanlage wurden im Berichtsjahr laufende Erträge in Höhe von 7.482 TEUR erzielt - davon 398 TEUR Dividenden und 6.608 TEUR Zinserträge. Die Dividendenerträge bestanden im Wesentlichen aus Ausschüttungen aus Organismen für gemeinsame Anlagen und sanken im Vergleich zum Vorjahr um 1.638 TEUR. Die Zinserträge resultierten im Wesentlichen aus Staats- und Unternehmensanleihen und gingen im Vergleich zum Vorjahr um 118 TEUR zurück. Der Rückgang der Ausschüttungen aus Investmentfonds ist im Wesentlichen durch die Thesaurierung von Erträgen bedingt. Bei den Staats- und Unternehmensanleihen resultierte der Rückgang im Wesentlichen aus einem aufgrund von Abgängen sinkenden Bestandskupon, der durch die Neuanlage trotz des Zinsanstiegs nicht vollständig kompensiert werden konnte. Das Ergebnis aus dem Abgang von Anlagen betrug -611 TEUR. Es resultierte aus Tilgung und Veräußerung von Staats- und Unternehmensanleihen sowie aus der Veräußerung von Fondsanteilen und ist gegenüber dem Vorjahr um 202 TEUR gestiegen. Die Veränderung der nicht realisierten saldierten Gewinne und Verluste betrug im Berichtsjahr -68.421 TEUR. Der Grund hierfür ist im Wesentlichen der deutliche Zinsanstieg. Insgesamt sank das wirtschaftliche Ergebnis der Anlagetätigkeit um 58.827 TEUR, was überwiegend auf den Rückgang der nicht realisierten saldierten Gewinne und Verluste zurückzuführen ist.

A.3.2 Direkt im Eigenkapital berücksichtigte Gewinne und Verluste

Gemäß den Bilanzierungsvorschriften nach HGB werden keine Gewinne und Verluste im Eigenkapital berücksichtigt.

A.3.3 Anlagen in Verbriefungen

Zum Berichtsstichtag existierten keine Anlagen in Verbriefungen.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Das sonstige Ergebnis setzt sich aus den Erträgen und Aufwendungen zusammen, die nicht der Versicherungstechnik und den Kapitalanlagen zugeordnet werden. Die sonstigen Erträge betragen insgesamt 2.358 TEUR (Vorjahr: 2.710 TEUR). Die Erträge resultierten mit 1.799 TEUR (Vorjahr: 2.397 TEUR) im Wesentlichen aus Dienstleistungsverträgen.

Die sonstigen Aufwendungen betragen insgesamt 5.649 TEUR (Vorjahr: 5.075 TEUR). Die Aufwendungen resultieren mit 3.520 TEUR (Vorjahr: 3.445 TEUR) aus der Kostenverteilung, insbesondere aus Aufwendungen für Dienstleistungen.

Darüber hinaus liegen keine wesentlichen Sachverhalte vor.

A.5 Sonstige Angaben

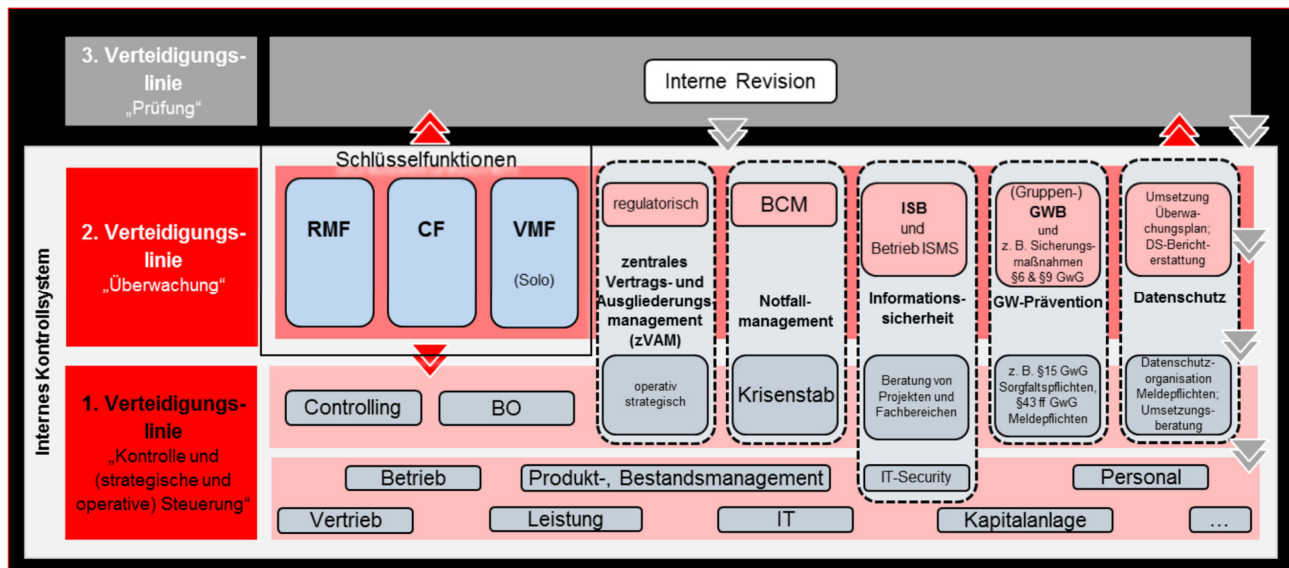
Sonstige wesentliche Informationen liegen nicht vor.

B. Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Die DEURAG verfügt über eine wirksame und ordnungsgemäße Geschäftsorganisation gemäß Abschnitt 3 Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Die Geschäftsorganisation gewährleistet neben der Einhaltung der von den Versicherungsunternehmen zu beachtenden Gesetze, Verordnungen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens.

Die DEURAG hat zur Unterstützung der Unternehmensleitung ein Internes Governance-System eingerichtet. Ausgehend von der Risikostrategie folgt das Governance-System dem branchenweit anerkannten sogenannten „Modell der drei Verteidigungslinien“. Die nachstehende Grafik verdeutlicht die wesentlichen Eckpfeiler des Governance-Systems der DEURAG:



Das Modell der drei Verteidigungslinien

In unternehmensinternen Leitlinien für das Governance-System (z. B. Risikomanagement, Interne Revision) werden entsprechende aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen beschrieben. Durch die in den Leitlinien dargestellten Verfahren, Regelungen und Prozesse wird dem Modell folgend eine angemessene Trennung der Zuständigkeiten sichergestellt.

Zur ersten Verteidigungslinie gehören alle operativen Funktionsstellen, welche die auftretenden Risiken direkt steuern. Die zweite Verteidigungslinie enthält die drei Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion und Versicherungsmathematische Funktion, welche die Funktionsfähigkeit der implementierten Kontrollen überwachen. Die Interne Revision betrachtet in ihrer Funktion als dritte Verteidigungslinie die Angemessenheit und die Wirksamkeit der Prozesse und der operativen Kontrollen der ersten Linie sowie der nachgelagerten Kontroll- und Überwachungsfunktionen der zweiten Linie.

Die Schlüsselfunktionen sind als wesentliches Element der internen Kontrollprozesse integraler Bestandteil der Steuerungsprozesse der DEURAG. Die Tätigkeiten der Schlüsselfunktionen folgen folgenden Grundsätzen:

- Grundsatz der Unabhängigkeit
- Grundsatz der Objektivität
- Grundsatz des vollständigen Informations- und Prüfungsrechts
- Grundsatz der Vertraulichkeit
- Grundsatz der Fachkompetenz
- Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht

Das Governance-System der DEURAG wurde mit der Einführung von Solvency II zum 1. Januar 2016 vollständig angepasst und wird laufend weiterentwickelt.

B.1.1 Darstellung der Leitungs- und Aufsichtsorgane

Der Vorstand der DEURAG setzt sich aus zwei Mitgliedern zusammen. Eine Übersicht aller Vorstandsmitglieder und ihrer wesentlichen Zuständigkeiten in der zuletzt aktuellen Zusammensetzung ist nachfolgend dargestellt:

Ressort 1 – Dr. Thomas Wolf, ab 1. Mai 2022 Ulrich Scheele

- Vertriebe
 - Ausschließlichkeitsorganisation (AO)
 - Freie Vertrieb (fV)
- Außendienstorganisation/-verträge/-abrechnung
- Vertriebsservice (VSC)/-steuerung
- Betrieb, Gerichtliches Mahnverfahren
- Produkt-/Bestandsmanagement
- Marketing
- Kapitalanlagen**
(ausgenommen Kapitalanlagencontrolling)
- Personal, Betriebsrat

Ressort 2 – Markus Spigiel

- Rechnungswesen
- Unternehmenssteuerung/-planung und Controlling
- Mathematik inkl. Versicherungsmathematische Funktion*/**
- Risikomanagementfunktion*
- Leistung
- IT/Informations-/IT-Sicherheit/Datenschutz
- Allgemeine Verwaltung
- Beschwerdemanagement
- Recht und Compliance*
- Vertragsmanagement
- Interne Revision*/**

*Schlüsselfunktion

**Ausgliedert auf Konzern

Das Vorstandsmandat von Herrn Scheele lief befristet vom 1. Mai bis zum 31. Dezember 2022. Herr Stephan Mielke übernahm das Ressort 1 ab 1. Januar 2023.

Sämtliche wesentliche Vorstandsentscheidungen werden in Vorstandssitzungen bzw. Vorstandsbesprechungen getroffen.

Der Aufsichtsrat der DEURAG setzte sich in 2022 aus den folgenden Personen zusammen:

Dr. Stefan Kutz

Vorstandsmitglied, SIGNAL IDUNA Gruppe
Vorsitzender

Bis 30. April 2022 sowie ab 1. Januar 2023:

Ulrich Scheele

Generalbevollmächtigter, SIGNAL IDUNA Gruppe
stellv. Vorsitzender
(Amt ruhte vom 1. Mai 2022 bis 31. Dezember 2022)

Jörg Krieger

Bereichsleiter, SIGNAL IDUNA Gruppe
(Stellvertretender Vorsitzender vom 1. Mai 2022 bis 31. Dezember 2022)

Bis 25. Mai 2023:

Frauke Hegemann

Geschäftsführerin, SIGNAL IDUNA Asset Management GmbH

Von der Arbeitnehmerschaft gewählt:

Rene Clemens

Versicherungsangestellter, DEURAG

Achim Kaiser

Betriebsratsvorsitzender, DEURAG

Der Aufsichtsrat tagt zweimal jährlich. Der für das Risikomanagement verantwortliche Vorstand berichtet über die Risiko- und Solvabilitätssituation im Prüfungsausschuss, dem Herr Dr. Kutz, Frau Hegemann und Herr Kaiser angehören.

Die Aufsichtsratsmitglieder werden durch die Hauptversammlung im Regelfall für jeweils fünf Jahre gewählt.

B.1.2 Darstellung der vier Schlüsselfunktionen

Die DEURAG hat die vier geforderten Schlüsselfunktionen eingerichtet. Die Interne Revision und die Versicherungsmathematische Funktion sind konzernintern auf die SIGNAL IDUNA Lebensversicherung a. G., Hamburg, (im Folgenden SIGNAL IDUNA Leben genannt) ausgegliedert.

Für die Überwachung der beiden ausgegliederten Schlüsselfunktionen wurden Ausgliederungsbeauftragte benannt. Nachfolgend werden die Schlüsselfunktionen beschrieben.

Interne Revision

Die Interne Revision ist verantwortlich für die laufende Überprüfung der gesamten Geschäftsorganisation und zusammen mit der Compliance-Funktion und der Risikomanagementfunktion für die Überprüfung des internen Kontrollsystems im Hinblick auf deren Angemessenheit und Wirksamkeit. Die Funktion der Internen Revision wird durch die Konzernrevision im Wege einer konzerninternen Ausgliederung wahrgenommen. Die Verant-

wortliche Person für die Funktion berichtet in ihrer Rolle als Leitung Konzernrevision beim Dienstleister SIGNAL IDUNA Leben an den zuständigen Ausgliederungsbeauftragten sowie an den gesamten Vorstand der DEURAG.

Sämtliche Mitarbeitende in der Konzernrevision nehmen ihre Aufgabenstellung selbstständig und unabhängig wahr. Die Konzernrevision ist bei ihrer Aufgabenerfüllung keinen Weisungen oder unangemessenen Einflüssen etwa durch andere Schlüsselfunktionen, den Vorstand oder den Aufsichtsrat ausgesetzt. Im Zuge der Funktionstrennung wird sichergestellt, dass Mitarbeitende der Konzernrevision nicht mit revisionsfremden Aufgaben betraut werden und Personen, die in anderen Funktionsstellen des Unternehmens tätig sind, grundsätzlich keine Aufgaben der Konzernrevision wahrnehmen. Zudem besitzt die Konzernrevision ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht und es besteht eine unverzügliche Informationspflicht aller Funktionsstellen an die Interne Revision, wenn wesentliche Mängel zu erkennen oder wesentliche Schäden aufgetreten sind sowie wenn ein konkreter Verdacht auf Unregelmäßigkeiten besteht.

Compliance-Funktion (CF)

Der Vorstand der DEURAG delegiert, soweit dies möglich ist, seine Verantwortung hinsichtlich Compliance, an die Compliance-Funktion. Die Compliance-Funktion hat für die Regelkonformität des Unternehmens Sorge zu tragen. Als intern verantwortliche Person für die Wahrnehmung der Compliance-Funktion berichtet der Compliance-Beauftragte direkt dem Vorstand der DEURAG.

Die Compliance-Funktion befasst sich insbesondere mit der laufenden Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen und intern festgelegten Regeln, der Weiterentwicklung des Compliance-Management-Systems und der weiteren Etablierung des gruppenweit einheitlichen Compliance-Verständnisses. Sie unterstützt zudem Mitarbeiter, Führungskräfte und den Vorstand bei der Umsetzung der in den Compliance-Kodizes der DEURAG und der SIGNAL IDUNA Gruppe festgelegten Unternehmensgrundsätze.

Die Compliance-Funktion hat ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht. Es besteht eine unverzügliche Informationspflicht aller Bereiche an die Compliance-Funktion, wenn wesentliche Mängel zu erkennen oder wesentliche Schäden aufgetreten sind oder ein konkreter Verdacht auf Unregelmäßigkeiten besteht.

Risikomanagementfunktion (RMF)

Die Risikomanagementfunktion ist verantwortlich für die operative Durchführung des Risikomanagements. Sie berichtet mit dem Risikobericht direkt an den Gesamtvorstand der DEURAG.

Die Risikomanagementfunktion der DEURAG ist in die Risikomanagementstruktur der SIGNAL IDUNA Gruppe eingebettet. Die Risikomanagementfunktion in der SIGNAL IDUNA Gruppe setzt sich aus der Funktionsstelle Zentrales Risikomanagement (zentrale Risikomanagementfunktion) sowie dezentralen Risikomanagementfunktionen in einzelnen Ressorts zusammen. Die Tochterunternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe verfügen über lokale Risikomanagementfunktionen (= IRMF).

Es erfolgen Regelgespräche zwischen der lokalen Risikomanagementfunktion der DEURAG und dem zentralen Risikomanagement des Konzerns sowie zwischen der Risikomanagementfunktion und den für die Risikosteuerung Verantwortlichen. Es erfolgt ein Austausch zur Risikolage und zur Risikoidentifikation und -bewertung. Ferner wird die Wirksamkeit der Steuerungsmaßnahmen analysiert. Die Kommunikation beugt

Schnittstellenproblemen vor und stellt die zeitnahe Umsetzung von externen Anforderungen sowie die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems sicher.

Personen, die für die Risikomanagementfunktion tätig sind, unterliegen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben dem fachlichen Weisungsrecht des Leiters der Risikomanagementfunktion. Die Risikomanagementfunktion der DEURAG besitzt ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht. Es besteht eine unverzügliche Informationspflicht aller Bereiche an die Risikomanagementfunktion, wenn wesentliche Mängel zu erkennen oder wesentliche Schäden aufgetreten sind sowie wenn wesentliche bzw. bestandsgefährdende Risiken erkennbar werden. Die Risikomanagementfunktion berichtet zu speziellen Sachverhalten im Rahmen von Sitzungen, Stellungnahmen, Berichten und Vorstandsvorlagen an den gesamten Vorstand.

Versicherungsmathematische Funktion (VMF)

Die Versicherungsmathematische Funktion ist verantwortlich für die Validierung der Angemessenheit der Berechnungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen innerhalb der Solvabilitätsbewertung (Säule I). Die Versicherungsmathematische Funktion ist konzernintern auf die SIGNAL IDUNA Leben ausgegliedert.

Für die DEURAG ist als Inhaber der Schlüsselfunktion der verantwortliche Aktuar der Gesellschaft benannt. Somit ist sichergestellt, dass die Versicherungsmathematische Funktion über die fachliche Qualifikation verfügt. Die verantwortliche Person für die Funktion beim Dienstleister SIGNAL IDUNA Leben berichtet an den zuständigen Ausgliederungsbeauftragten, der seinerseits an den gesamten Vorstand der DEURAG berichtet.

Sämtliche Mitarbeiter in der Versicherungsmathematischen Funktion unterliegen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben dem Weisungsrecht des Leiters der Versicherungsmathematischen Funktion.

B.1.3 Darstellung wesentlicher Änderungen des Governance-Systems

Das Governance-System der DEURAG ist mit Inkrafttreten von Solvency II vollständig eingerichtet worden. Im Zuge dessen wurden die Leitlinien mit Bezug zur Internen Revision sowie zur Compliance-, Risikomanagement- und Versicherungsmathematischen Funktion implementiert. Im Jahresverlauf 2022 wurden die Leitlinien weiter verfeinert. In den Leitlinien werden aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen beschrieben. Es wird gewährleistet, dass alle betroffenen Personen alle wesentlichen Informationen erhalten und mit den Prozessen vertraut sind. Eine angemessene Trennung der Zuständigkeiten im Sinne aufsichtsrechtlicher Anforderungen ist sichergestellt.

Weitere Schwerpunkte wurden in die Standardisierung der Prozesse sowie in die weitere Optimierung der Schnittstellen im Governance-System gelegt. Zur Sicherstellung der Anforderungen an die fachliche Qualifikation werden Schulungen für verantwortliche Personen von Schlüsselfunktionen und darüber hinaus für Aufsichtsräte und Vorstände erfolgreich durchgeführt. Das Schulungskonzept wird laufend weiterentwickelt.

Die Gesamtverantwortung für die Unterstützung des Vorstandes bei der Beurteilung des Governance-Systems liegt seit dem Berichtsjahr 2020 bei der Compliance-Funktion. Das zentrale Risikomanagement sowie die Interne Revision unterstützen die Compliance-Funktion dabei, u. a. in dem sie eine Beurteilung einzelner Elemente des Governance-Systems durchführen und der Compliance-Funktion notwendige Informationen und Berichte zur Verfügung stellen.

B.1.4 Angaben zur Vergütungspolitik und Vergütungspraktiken

Die Vergütungsleitlinie der DEURAG bildet die Grundlage für eine transparente und nachhaltige Geschäftsentwicklung. Die Leitlinie steht mit der Geschäfts- und Risikostrategie im Einklang. Die dort formulierte Vergütungspolitik berücksichtigt Nachhaltigkeitsrisiken insofern, als die Vergütungsstruktur keine besondere Risikobereitschaft in Bezug auf Nachhaltigkeitsrisiken begünstigt.

Aufsichtsräte der DEURAG erhalten eine Festvergütung in Form einer jährlichen Einmalzahlung.

Die Vergütung für Vorstände und leitende Angestellte der DEURAG setzt sich aus einem Festgehalt und einer variablen Vergütung zusammen, wobei der Anteil an der variablen Vergütung im Verhältnis zur Festvergütung von untergeordneter Bedeutung ist. Bei der Bemessung des Festgehalts werden jeweils die Marktkonformität, die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft, die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, der Arbeitsaufwand und der Verantwortungsrahmen als Kriterien herangezogen. Variable Vergütungen werden insbesondere im Rahmen von Tantiemen für Vorstandsmitglieder und Zielvereinbarungen für leitende Angestellte vereinbart. Soweit variable Vergütungen geleistet werden, werden diese insbesondere an Unternehmenszielen ausgerichtet. Etwasige Einzelziele werden ebenfalls an Unternehmenszielen sowie Zielen zur Geschäftsstrategie bemessen. Durch die Ausgestaltung der Vergütungs- und Anreizsysteme werden keine negativen Anreize zum Eingehen von Risiken geschaffen. Vielmehr wird die jährliche Tantieme an der Nachhaltigkeit der erreichten Ergebnisse ausgerichtet. Es wird jeweils das Gesamtergebnis der DEURAG berücksichtigt. In der Regel erhalten Vorstände eine betriebliche Altersversorgung. Für Aufsichtsräte gibt es keine betriebliche Altersversorgung.

Die nicht leitenden Mitarbeiter unterfallen dem Gehaltstarifvertrag für das Versicherungsgewerbe. Daneben regelt eine Betriebsvereinbarung die Möglichkeiten einer variablen Zusatzvergütung für nicht leitende Mitarbeiter. Soweit betriebliche Altersversorgungen für Vorstände und leitende Angestellte gewährt werden, werden diese in Form einer beitragsorientierten Unterstützungskasse oder als Direktversicherung bzw. Pensionskassenversorgung gewährt. Für Aufsichtsräte gibt es keine betrieblichen Altersversorgungen.

Zum vorangegangenen Berichtszeitraum haben sich keine wesentlichen Änderungen ergeben.

B.1.5 Informationen zu wesentlichen Transaktionen

Im Berichtsjahr 2022 wurden keine wesentlichen Transaktionen mit Mitgliedern der Leitungs- und Aufsichtsorgane oder mit nahestehenden Personen durchgeführt.

B.1.6 Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems

Der Vorstand bewertet die Geschäftsorganisation regelmäßig gemäß § 23 Abs. 2 VAG, wobei der Turnus der Bewertung für einzelne Prüffelder entsprechend dem Risikoprofil des Unternehmens festgelegt wird. Im Einzelnen wurden folgende Prüffelder definiert:

- Governance-System als Ganzes (Proportionalität, wesentliche Risiken, Gesamtverantwortung der Geschäftsleitung)
- Allgemeine Anforderungen an die Geschäftsorganisation
- Schlüsselfunktionen
- Risikomanagementfunktion und Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA)

- Internes Kontrollsystem
- Ausgliederungen
- Fachliche Qualifikation und Zuverlässigkeit (Fit & Proper)
- Vergütungssystem
- Externes Rating

Die Zusammenarbeit der Schlüsselfunktionen sowie die Schnittstellen innerhalb des Governance-Systems wurden fortlaufend weiterentwickelt. Ein wesentliches Instrument hierfür sind die Regelgespräche der Schlüssel- und Querschnittsfunktionen. Teilnehmer sind die Schlüsselfunktionen und Querschnittsfunktionen. Die Treffen dienen dazu, sich über übergreifende Themen, Risiken und Rechtsänderungen auszutauschen.

Aufgrund der vorliegenden Informationen und Erkenntnisse aus den Berichten und Prüfungen sowie der beschlossenen Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Governance-Systems hat der Vorstand die Geschäftsorganisation als angemessen und wirksam bewertet.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) müssen Personen, die ein Versicherungsunternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben wahrnehmen, fachlich geeignet („fit“) und persönlich zuverlässig („proper“) sein, um ein solides und vorsichtiges Management zu gewährleisten. Die tatsächliche Leitung wird bei der DEURAG durch den Vorstand wahrgenommen. Über die gesetzlichen Schlüsselfunktionen hinaus hat die DEURAG keine weiteren Schlüsselaufgaben identifiziert.

Für Vorstand, Aufsichtsrat und verantwortliche Personen von Schlüsselfunktionen gelten aufgrund ihrer Verantwortung für die Leitung und Überwachung der jeweiligen Gesellschaft spezifische, von der BaFin festgelegte Anforderungen in Bezug auf ihre fachlichen und persönlichen Kompetenzen. Die geforderten Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen jeder einzelnen Person bezogen auf die kollektiven Anforderungen an die Zusammensetzung der eingerichteten Gremien stellen sicher, dass auf Basis eines guten Verständnisses für die Geschäftstätigkeit, die Risiken und die Governance-Struktur der Gesellschaften sowie die regulatorischen Rahmenbedingungen gut informierte und kompetente Entscheidungen für die Führung der Gesellschaften getroffen werden.

Die Eignungsbeurteilung von Vorstandsmitgliedern sowie von Aufsichtsratsmitgliedern hinsichtlich der von der BaFin vorgegebenen Kriterien erfolgt durch den Aufsichtsrat. Die Eignungsbeurteilung für die Leiter von Schlüsselfunktionen wird durch den Vorstand vorgenommen. Bei der Eignungsbeurteilung werden verschiedene Kriterien berücksichtigt und anhand dieser wird eine entsprechende Einschätzung hinsichtlich der Einzelkriterien „Fit & Proper“, „Nicht Fit & Proper“ oder mit Auflagen getroffen.

Die interne Eignungsbeurteilung für Neubesetzungen von Vorstandsmitgliedern, Aufsichtsratsmitgliedern und verantwortlichen Personen von Schlüsselfunktionen berücksichtigt die erforderlichen Anzeige- bzw. Zustimmungspflichten gemäß § 47 Nr. 1 VAG. Die erforderlichen fachlichen Kompetenzen der Kandidaten (insbesondere Vorstandsmitglieder und verantwortliche Personen von Schlüsselfunktionen) berücksichtigen die Geschäftstätigkeit und das Risikoprofil der jeweiligen Gesellschaft in angemessener Art und Weise.

Zur Sicherstellung der dauerhaften fachlichen Qualifikation wurde ein Schulungskonzept implementiert. In diesem Schulungskonzept sind

- Grundlagenmodule für die Mitglieder der Aufsichtsräte und
- Vertiefungsmodule für die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie für die verantwortlichen Personen der Schlüsselfunktionen und ggf. Ausgliederungsbeauftragte

vorgesehen.

An den Vertiefungsschulungen können auch die Mitarbeitenden der Schlüsselfunktionen und sonstige Mitarbeitende teilnehmen. Eine laufende Eignung wird durch regelmäßige/wiederholende Schulungen/Fortbildungen sichergestellt. Die Schulungen werden durch interne Spezialisten durchgeführt. Ergänzend werden Aufsichtsratsmitglieder entsprechend den Vorgaben im Merkblatt vom 6. Dezember 2018 zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Verwaltungs- und Aufsichtsorganen gemäß VAG, dort Abschnitt III, gebeten, jährlich eine Selbsteinschätzung betreffend ihre vorhandenen Kenntnisse in den Bereichen Kapitalanlage, Versicherungstechnik und Rechnungslegung abzugeben. Darauf basierend befasst sich der Aufsichtsrat mit Entwicklungsmaßnahmen zum weiteren Ausbau von Kenntnissen in den relevanten Themenfeldern. In einem aufzustellenden Entwicklungsplan werden dann bei Bedarf auch Schulungsangebote unterbreitet; ebenso wird ein etwaiger Anpassungsbedarf im vorhandenen Schulungsprogramm aufgezeigt, um den individuellen Bedürfnissen der Aufsichtsratsmitglieder nachhaltig Rechnung tragen zu können.

Die Anforderungen an die fachliche Qualifikation „fit“ und persönliche Zuverlässigkeit „proper“ sowie entsprechend notwendige Voraussetzungen zur Sicherstellung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit und die sich daraus ergebenden Prozesse und Verfahren zur Festlegung der fachlichen und persönlichen Eignung sind detailliert in einer unternehmensinternen Fit & Proper-Leitlinie dargestellt und werden laufend weiterentwickelt.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

B.3.1 Risikomanagementsystem

Zentrale Eckpfeiler des Risikomanagementsystems sind die Risikokultur im Unternehmen, die Risikostrategie sowie der Risikomanagementprozess. Die zu erfüllenden Aufgaben und Verantwortlichkeiten werden durch die Risikomanagementorganisation in die aufbauorganisatorischen Regelungen integriert.

Die vorhandene **Risikokultur** fördert ein übergreifendes Bewusstsein für das Vorhandensein von Risiken und den offenen Umgang mit diesen. Als Teil der Unternehmenskultur wird die Risikokultur fortlaufend weiterentwickelt und mit gezielten Maßnahmen unterstützt.

Die **Risikostrategie** wird aus der Geschäftsstrategie der DEURAG abgeleitet und ist zu dieser konsistent. Die Risikostrategie des Unternehmens beinhaltet die Beschreibung der sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden Risiken bezüglich ihres Einflusses auf die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sowie den daraus resultierenden Umgang mit den Risiken einschließlich Steuerung und Überwachung. Es ist festgelegt, dass nur solche Risiken eingegangen werden, die nicht zu einer die Existenz gefährdenden Situation für das Unternehmen führen. Dies beinhaltet insbesondere die Sicherstellung der Eigenständigkeit der DEURAG, den Schutz der Versicherten sowie die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Risikostrategie wird

jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst. Darüber hinaus sind Anlässe definiert, die eine Ad-hoc-Überprüfung erfordern, wie beispielsweise die Aktualisierung der Geschäftsstrategie oder signifikante Änderungen des Gesamtrisikoprofils. Die aktualisierte Risikostrategie wird vom Vorstand verabschiedet.

Der **Risikomanagementprozess** setzt sich aus der Risikoidentifikation, der Risikoanalyse und -bewertung, der Risikosteuerung sowie der Risikoüberwachung und -berichterstattung zusammen. Die wesentlichen Prozesse werden in internen Leitlinien definiert.

Zur Risikoidentifikation werden quartalsweise Risikoinventuren durchgeführt. Ferner findet jährlich eine Emerging-Risk-Inventur statt. Bei dieser werden neu auftretende Ereignisse oder zunehmende Trends berücksichtigt, die das Geschäftsumfeld der DEURAG betreffen, wobei deren Ursache nicht oder nicht direkt von der DEURAG beeinflussbar sein können.

Für alle Einzelrisiken erfolgt die Risikoanalyse und -bewertung als Teil der Risikoinventur. Die Risiken werden anhand der Eintrittswahrscheinlichkeit sowie der Schadenhöhe bewertet. Die getroffenen Maßnahmen sind zu berücksichtigen (Nettobewertung). Darüber hinaus werden die Risiken durch die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung sowie mittels der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, kurz: ORSA) quantitativ bewertet. In diesem ORSA-Prozess erfolgt zusätzlich eine Analyse der Veränderung des Risikoprofils und der Kapitalanforderungen über den Planungszeitraum.

Für Projekte, die eine hohe Implikation auf die Erreichung der Unternehmensziele der DEURAG haben, erfolgt zudem eine gesonderte Projektrisikobewertung.

Sowohl die Risikosteuerung als auch die Risikoüberwachung werden durch das Risikotragfähigkeitskonzept, das daraus abgeleitete Limitsystem, welches den Risikoappetit des Unternehmens berücksichtigt, sowie ein differenziertes Kennzahlensystem unterstützt. Die genannten Instrumente werden stetig weiterentwickelt.

Die Risikotragfähigkeit, basierend auf Eigenmitteln und der Kapitalanforderungen nach Solvency II, determiniert den maximalen Umfang der Risikoübernahme. Die darauf aufbauenden Limite sowie das implementierte Frühwarnsystem setzen die Vorgaben aus der Risikostrategie um.

Die Risikosteuerung liegt dezentral in der Verantwortung der Fachbereiche. Durch die Trennung des Eingehens von Risikopositionen und der Risikoüberwachung wird organisatorisch sichergestellt, dass keine Interessenkonflikte entstehen.

Innerhalb des Risikomanagements werden auch Planungs- und Überwachungssysteme eingesetzt, die die Verfolgung von Ziel-/Ist-Abweichungen ermöglichen. Die Überwachungssysteme und -prozesse werden kontinuierlich weiterentwickelt, um die Funktionsfähigkeit sicherzustellen.

Die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems wird fortlaufend durch die Risikomanagementfunktion überwacht.

Das Risikomanagementsystem der DEURAG ist zudem Prüfungsgegenstand der Internen Revision.

Über die im Rahmen des Risikomanagementprozesses und der Risikoinventur als materiell eingestufte Risiken erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand. Es sind Sachverhalte definiert, die eine Ad-hoc-Risikoberichterstattung auslösen. Auswirkungen auf die Risikolage und die Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen werden kontinuierlich analysiert und in die Berichterstattung integriert. Im Berichtsjahr zählten hierzu insbesondere die Themenfelder Inflation, Zinsanstieg und weitere Auswirkungen des Ukraine-Krieges.

Die Risiken der DEURAG entstammen im Wesentlichen dem betriebenen Erstversicherungsgeschäft und dem damit verbundenen Kapitalanlagegeschäft.

Aus dem betriebenen Versicherungsgeschäft und den in der Geschäftsstrategie beschriebenen Schwerpunkten ergeben sich aus versicherungstechnischer Sicht insbesondere das Prämien-, Reserve-, und Stornorisiko sowie bei den Marktrisiken das Spread-, Zins- und Konzentrationsrisiko. Weitere Erläuterungen sind in Kapitel C zu finden.

Die Risiken werden durch Steuerungsmaßnahmen, wie z. B. Zeichnungspolitik, Schadenmanagement sowie Optimierung der Kapitalanlagestruktur gesteuert.

Charakteristisch für das Erstversicherungsgeschäft des Unternehmens ist, dass der Fokus auf der Versicherung von Privatpersonen sowie kleinen und mittleren Gewerbeunternehmen liegt. Durch die breite Risikostreuung innerhalb dieser Kundenstruktur werden Volatilitäten vermieden.

B.3.2 Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) ist Bestandteil des Risikomanagementprozesses und somit ein Teil des Risikomanagementsystems.

Anhand des eigenen Risikoprofils des Unternehmens wird der unternehmensindividuelle Kapitalbedarf - auch Gesamtsolvenzbedarf genannt - analysiert und bewertet. Dieser Gesamtsolvenzbedarf muss durch die Eigenmittel bedeckt werden, die hierfür geeignet sind. Die Überprüfung der Eignung erfolgt im Rahmen des Kapitalmanagementprozesses.

Unter dem Risikoprofil des Unternehmens wird die Gesamtheit aller quantifizierbaren und nicht quantifizierbaren Risiken verstanden, die durch das Geschäft bedingt sind und denen das Unternehmen kurz-, mittel- und langfristig ausgesetzt ist oder sein könnte.

Zur Ermittlung des Gesamtsolvenzbedarfs verwenden wir unser Gesamtsolvenzmodell. Dieses basiert in seiner grundlegenden Methodik auf der Standardformel gemäß Solvency II. Um das Risikoprofil des Unternehmens darin zutreffend abzubilden, wird für jede Risikosubkategorie – also beispielsweise das Storno-, Aktien- oder Spreadrisiko – überprüft, ob deren Modellierung und Kalibrierung dem dazu korrespondierenden „echten“ Risiko des Unternehmens entspricht. Sofern dies verneint werden muss und die Risikosubkategorie materiell ist oder eine unternehmensspezifische Modellierung oder Kalibrierung materiellen Einfluss auf die Höhe des Gesamtsolvenzbedarfs hätte, wird eine Anpassung bzw. Neumodellierung vorgenommen. Darüber hinaus werden die in der Standardformel angenommenen und mit Hilfe von Korrelationen abgebildeten Abhängigkeiten zwischen den jeweiligen Risikosubkategorien kritisch hinterfragt.

Die so quantitativ anhand des Gesamtsolvenzbedarfs bewerteten Risiken werden in einem sogenannten Top Risk-Assessment (TRA) mit nicht explizit quantitativ bewerteten Risiken zum Gesamtrisikoprofil des Unternehmens zusammengefügt. Hierbei kommt ein Scoring-Verfahren zum Einsatz. Das Ergebnis dieses TRA ist ein Ranking der Hauptrisiken des Unternehmens, welches zu ihrer Priorisierung in den weiteren Schritten des Risikomanagementprozesses, insbesondere der Risikosteuerung, herangezogen werden kann. Nicht explizit quantitativ bewertete Risiken sind solche, die in der Standardformel vorgabegemäß pauschal berücksichtigt werden (vor allem operationelle Risiken) oder deren Auswirkungen nicht oder nur eingeschränkt durch zusätzliche Kapitalanforderungen entgegen gewirkt werden kann (Liquiditätsrisiken, andere Risiken).

Als zentrales Instrument zur Analyse von Klimarisiken – als ein spezifischer Aspekt von Nachhaltigkeitsrisiken - wurde im Berichtsjahr zudem eine Szenario-Analyse auf Basis eines qualitativen Scoring-Verfahrens eingesetzt. Ziel ist es, mögliche zukünftige Risiken und Chancen zu identifizieren, die infolge des Klimawandels entstehen und finanzielle Auswirkungen auf das Unternehmen entfalten können. Die Ergebnisse der Szenario-Analyse sind im ORSA-Bericht enthalten.

Die regelmäßige unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung wird einmal jährlich durchgeführt und basiert auf dem Datenstand zum 31. Dezember des Berichtsjahres und der zum April des Folgejahres erstellten mittelfristigen Hochrechnung. Letztere ist Teil des Konzernplanungsprozesses, basiert auf der Geschäftsstrategie des Unternehmens und beinhaltet alle verabschiedeten und aus der Geschäftsstrategie abgeleiteten wesentlichen Maßnahmen.

Darüber hinaus führen gemäß dem Materialitätskonzept der SIGNAL IDUNA Gruppe materielle Änderungen des Risikoprofils sowie bedeutende Entscheidungen und Ereignisse, wie z. B. der Einstieg in neue Geschäftsbereiche, die bedeutende Änderung von Risikotoleranzschwellen, Bestandsübertragungen oder starke Veränderungen der Zusammensetzung der Vermögenswerte zur Durchführung eines nichtregelmäßigen bzw. Ad-hoc-ORSA.

Die Verantwortung für die Durchführung des ORSA-Prozesses und die Verabschiedung der Ergebnisse liegt bei den Mitgliedern des Vorstands, die operative Durchführung bei der Risikomanagementfunktion. Der Vorstand überwacht die Durchführung kontinuierlich und ist insbesondere in die Abstimmung der Annahmen sowie die Festlegung der durchzuführenden Sensitivitätsanalysen, Stresstests und Szenariorechnungen aktiv in den Prozess involviert. Er diskutiert Ergebnisse und Zwischenergebnisse sowie die aus dem ORSA-Prozess abgeleiteten Maßnahmen, verabschiedet den ORSA-Bericht und gibt diesen für den Versand an die Aufsichtsbehörde frei.

Die aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen zur Durchführung des ORSA-Prozesses sind in der unternehmenseigenen ORSA-Leitlinie niedergelegt.

Die Ergebnisse der Berechnungen zum ORSA werden vom Vorstand für das Management des Geschäfts eingesetzt. Es erfolgt eine obligatorische Beurteilung der Auswirkungen von Beschlussvorschlägen in Vorstandsvorlagen auf die ORSA-Ergebnisse.

Darüber hinaus besteht eine Interaktion zwischen dem Risikomanagement und dem Kapitalmanagement. Auf der einen Seite kann anhand des Kapitalmanagementplans in den ORSA-Projektionsrechnungen ermittelt werden, ob nach Höhe und Qualität ausreichende Eigenmittel in der Zukunft zur Verfügung stehen. Auf der anderen Seite geben die ORSA-Projektionsrechnungen Aufschluss darüber, ob die Kapitalmanagementplanung adäquat ist. Sofern die Notwendigkeit von Kapitalmaßnahmen gesehen wird, werden entsprechende Berechnungen der Eigenmittel und des Gesamtsolvenzbedarfs wie auch des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs zum Stichtag und für den Planungszeitraum durchgeführt.

Schließlich trägt die Überwachung der Einhaltung von Risikotoleranzschwellen (Limitsystem) pro Risikokategorie bzw. Risikosubkategorie dazu bei, jederzeit die Risikotragfähigkeit und die ausreichende Bedeckung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen wie auch des Gesamtsolvenzbedarfs mit Eigenmitteln zu gewährleisten. Auch daraus können rechtzeitig eventuelle Handlungsbedarfe im Hinblick auf das Risikomanagement (Risikoreduzierung) oder das Kapitalmanagement (Stärkung der Eigenmittelausstattung) erkannt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.

B.4 Internes Kontrollsystem

B.4.1 Beschreibung des internen Kontrollsystems

Die inhaltlichen Grundlagen des Internen Kontrollsystems (IKS) basieren im Wesentlichen auf § 29 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) sowie auf den Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (MaGo), Artikel 12, Randziffern 230 bis 236. Entsprechend den Ausführungen müssen Versicherungsunternehmen „über ein wirksames internes Kontrollsystem verfügen, das mindestens Verwaltungs- und Rechnungslegungsverfahren, einen internen Kontrollrahmen, eine angemessene unternehmensinterne Berichterstattung auf allen Unternehmensebenen sowie eine Funktion zur Überwachung der Einhaltung der Anforderungen (Compliance-Funktion) umfasst“ (§ 29 Absatz 1 VAG).

Unter dem IKS der DEURAG werden die von der Unternehmensleitung im Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Regelungen verstanden, die auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen der Unternehmensleitung zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit, zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung und zur Einhaltung der für das Unternehmen geltenden internen Regelungen sowie maßgeblichen rechtlichen Vorschriften gerichtet sind.

Das IKS ist in das Governance-System der DEURAG eingebunden und ermöglicht mit der Integration in die ersten zwei Verteidigungslinien des Modells der drei Verteidigungslinien eine systematische Herangehensweise an Risiken. Wesentliche Bausteine des IKS sind

- ein interner Kontrollrahmen,
- angemessene Melderegungen auf allen Unternehmensebenen,
- eine Compliance-Funktion zur Überwachung der Einhaltung der Anforderungen und
- eine Revision zur Prüfung der Compliance-Funktion und des internen Kontrollrahmens.

Aufgrund gesetzlicher Normen und externer Prüfungsvorgaben ergeben sich für das IKS insbesondere Anforderungen für den Aufbau und Ausbau einer IKS-Dokumentation für die wesentlichen Geschäftsprozesse des Unternehmens. Der Fokus liegt hierbei auf der Dokumentation wesentlicher Geschäftsprozesse, der Identifikation und Dokumentation prozessintegrierter Risiken sowie der Gegenüberstellung prozessintegrierter Kontrollen/Maßnahmen und weiterer Präventionsmaßnahmen (beispielsweise gültige Richtlinien, Schulungen und organisatorische Sicherungsmaßnahmen). Es ergibt sich die Notwendigkeit, die für das IKS als wesentlich zu klassifizierenden Geschäftsprozesse hinreichend zu dokumentieren und alle geforderten Informationen auch in Verbindung zum Risikomanagementsystem und der Compliance-Funktion jederzeit für interne oder externe Prüfungen zur Verfügung stellen zu können.

Für die IKS-Prozessdokumentation wird bei der DEURAG ein Prozessmodellierungstool genutzt, innerhalb dessen die Darstellung der wesentlichen Prozesse sowohl grafisch als auch tabellarisch erfolgt. Die Dokumentation umfasst alle wesentlichen Geschäftsprozesse inklusive ihrer prozessinhärenten Risiken und Kontrollen. Die Dokumentation wird mindestens jährlich und bei Bedarf aktualisiert.

B.4.2 Beschreibung der Umsetzung der Compliance-Funktion

Zuständigkeiten

Die Compliance-Funktion der DEURAG ist zuständig für die angemessene und wirksame Ausgestaltung sowie die kontinuierliche, risikoorientierte Weiterentwicklung des Compliance-Management-Systems (CMS). Ferner

sind in den einzelnen Organisationseinheiten Compliance-Verantwortliche benannt. Für die an Compliance-relevanten Prozessen beteiligten Organe und Mitarbeiter der DEURAG ist der Handlungsrahmen in der Compliance-Leitlinie sowie dem Compliance-Handbuch geregelt.

Aufgaben

Die Compliance-Funktion hat insbesondere

- den Vorstand und hierarchieübergreifend die zuständigen Mitarbeiter in allen Fragen der Prävention und Reaktion zur Erreichung der Compliance-Ziele sowie bezüglich der Einhaltung von externen und internen Vorgaben für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts fortlaufend zu beraten (Beratungsfunktion),
- mögliche Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes für das Unternehmen zu beurteilen (Frühwarnfunktion),
- das mit der Verletzung von rechtlichen Vorgaben verbundene Compliance-Risiko zu identifizieren und zu beurteilen und somit eine regelmäßige Compliance-Risikoanalyse einschließlich Bewertung der implementierten Präventionsmaßnahmen im Hinblick auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit durchzuführen (Risikokontrollfunktion) sowie
- die Einhaltung der Compliance-Anforderungen zu überwachen (Überwachungsfunktion).

Hierzu hat sie das CMS kontinuierlich in Bezug auf seine tatsächliche Anwendung, Angemessenheit und Wirksamkeit zu überwachen und nach Maßgabe der festgestellten Compliance-Risiken konzeptionell und instrumentell fortzuentwickeln.

Die Compliance-Verantwortlichen haben insbesondere die Aufgaben,

- den Prozess der Risikobeobachtung, Risikoidentifizierung und -bewertung zu unterstützen,
- die Kommunikation von Compliance-Themen zu befördern und
- als erste Ansprechpartner bei Fragen der Mitarbeiter zur Verfügung zu stehen.

Rechte und Kompetenzen

Zur Erfüllung der Aufgaben wurden folgende Rechte und Kompetenzen festgelegt:

- Weisungsrecht

In ihren Aufgabenbereichen nimmt die Compliance-Funktion die an sie delegierten Compliance-Aufgaben in der DEURAG wahr. Für alle in ihren Aufgabenbereich fallenden Tätigkeiten hat die Compliance-Funktion daher Weisungsrechte, die auch die Weisung der Compliance-Verantwortlichen in Bezug auf ihre Compliance-Tätigkeiten umfassen.

- Zugriffs- und Zutrittsrecht, Informationsrecht

Die Compliance-Funktion darf die für ihre Aufgabenstellung erforderlichen Informationen erheben bzw. abfragen und verfügt hierfür über alle erforderlichen Zugriffs- und Zutrittsrechte. Darüber hinaus wird sie vom Vorstand und allen anderen Unternehmenseinheiten aktiv über alle Tatsachen informiert, die für ihre Aufgabenerfüllung erforderlich sind bzw. sein könnten.

- Vetorecht

Die Compliance-Funktion verfügt über ein Vetorecht, wodurch sie die Möglichkeit hat, einzelne geschäftliche oder vertriebliche Aktivitäten, Geschäftsbeziehungen oder individuelle Transaktionen abzulehnen, wenn einschlägige regulatorische oder DEURAG-interne Vorgaben aus ihrer Sicht vorübergehend oder endgültig nicht erfüllt sind. Bei Widerspruch der betreffenden Funktionsstellen bzw. Ressorts gegen Veto-Entscheidungen der Compliance-Beauftragten greift der Konfliktregelungsmechanismus.

Berichtswege

Die Compliance-Funktion berichtet Ad-hoc und mindestens jährlich dem Vorstand über die Ergebnisse der Umsetzung des Compliance-Plans und die Compliance-Risikosituation der DEURAG. Die regelmäßige Berichterstattung erfolgt aktuell nach dem Grundsatz der Proportionalität jeweils für das zurückliegende Kalenderjahr. Der Bericht enthält die Ergebnisse der Umsetzung des Compliance-Plans und Aussagen zur Compliance-Risikosituation des Unternehmens.

Angaben zur Bewertung der Angemessenheit der vom Unternehmen getroffenen Maßnahmen zur Verhütung einer Non-Compliance

Die getroffenen Maßnahmen werden als angemessen zur Verhütung einer Non-Compliance bewertet. Die Maßnahmen werden laufend weiter verfeinert.

Angaben zur Häufigkeit der Überprüfung der Compliance-Richtlinien und Angaben zu im Berichtszeitraum aufgetretenen Veränderungen der Compliance-Richtlinien

Es findet eine jährliche Überprüfung der Compliance-Richtlinien, hier verstanden als Compliance-Leitlinie, statt. Abgeleitet aus den daraus resultierenden Überprüfungsergebnissen werden die Compliance-Leitlinie sowie betroffene Elemente der Compliance Aufbau- und Ablauforganisation ggf. überarbeitet und per Beschluss des Vorstandes legitimiert.

B.5 Funktion der Internen Revision

Zuständigkeiten

Die DEURAG hat die Funktion der Internen Revision konzernintern ausgegliedert. Diese Funktion wird von der Konzernrevision der SIGNAL IDUNA Gruppe wahrgenommen.

Oberstes Ziel der Internen Revision ist es, den Wert der Organisation durch risikoorientierte und objektive Prüfung, Beratung und Einblicke zu erhöhen und zu schützen.

Die Rahmenbedingungen, die für die Umsetzung der Konzernrevision gelten, sind in einer Leitlinie festgelegt und durch den Vorstand verabschiedet worden. Zusammen mit dem Handbuch der Konzernrevision wird so ein Rahmen geschaffen, der die Konzernrevision zur Einhaltung einheitlicher Mindeststandards, Regeln und operativer Verfahren des Unternehmens verpflichtet.

Die Konzernrevision dient dem Schutz des Unternehmens vor Vermögensverlusten aller Art und unterstützt den Vorstand bei der Umsetzung seiner Vermögensbetreuungspflicht. Weiterhin unterstützt die Konzernrevision die Steuerung des Unternehmens und trägt somit zur Erreichung der Unternehmensziele bei.

Aufgaben

Die Funktion Interne Revision wird durch die Konzernrevision nach der Definition des DIIR/IIA und der EIOPA-Leitlinien wahrgenommen. Die Konzernrevision prüft und beurteilt unter Berücksichtigung des Umfangs und des Risikogehalts insbesondere

- die Funktionsfähigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des durch die Fachbereiche im Auftrag des Konzernvorstands eingerichteten Internen Kontrollsystems und aller anderen Elemente des Governance-Systems,
- die Anwendung, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit der Risikomanagementsysteme und des Anweisungs- und Informationswesens,
- die Grundlagen (Datenbasis) für die wesentlichen Entscheidungsprozesse und das interne Berichtswesen,
- die Einhaltung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und betrieblicher Vorgaben sowie die Umsetzung der Unternehmens- beziehungsweise Vorstandsentscheidungen und
- die Wahrnehmung der Führungsverantwortung im Sinne der Unternehmensleitung.

Die Betrachtung der Kosten und der Wirtschaftlichkeit ist grundsätzlich - neben den Risiken (Risikobetrachtung und -analyse) - Bestandteil der Prüfungshandlungen gemäß den beruflichen Standards.

Ihre Aufgaben übt die Konzernrevision durch planmäßige, risikoorientierte Prüfungen der Aufbau- und Ablauforganisation und des IKS aller Betriebs- und Geschäftsprozesse aus. Sie resultieren aus der risikoorientierten Jahres- bzw. Mehrjahresplanung, die eine zeitnahe Identifizierung von Schwachstellen der internen Kontrollsysteme und Mängel der Betriebssysteme gewährleistet. Der Jahresprüfungsplan wird vom Vorstand genehmigt.

Neben der Prüfungs- und Beratungstätigkeit übernimmt die Konzernrevision die Koordination bzw. Aufklärung möglicher doloser Handlungen von Mitarbeitenden bzw. von Vertriebspartnern. Im Rahmen der Fraud-Bearbeitung kann die Konzernrevision Sonderprüfungen ansetzen, wenn eine akute Risikogefährdung vorliegt bzw. dringender Handlungsbedarf besteht.

Die Verantwortung für die inhaltliche und termingerechte Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen trägt die jeweils als zuständig benannte Abteilungsleitung. Die Konzernrevision ist verantwortlich für die nachvollziehbare Überwachung der Beseitigung der bei der Prüfung festgestellten Mängel und die Verifizierung der Umsetzung verbindlich vereinbarter Maßnahmen.

Soweit aus Sicht der Konzernrevision ihre Unabhängigkeit und Objektivität gewährleistet ist, kann sie im Rahmen ihrer Aufgaben für die Geschäftsleitung oder andere Organisationseinheiten des Unternehmens beratend tätig sein. Die Konzernrevision erbringt Beratungsleistungen regelmäßig in Form von Kommentierungen und Abstimmungen von Vorstandsvorlagen, Richtlinien und Leitlinien sowie im Rahmen von Unterstützungsleistungen bei Projekten.

Rechte und Kompetenzen

Die Konzernrevision bestimmt Gegenstand, Umfang, Art und Zeit der Prüfungen grundsätzlich nach Risikogesichtspunkten unter Gesamtberücksichtigung des Umfangs der Geschäftstätigkeit selbstständig und unabhängig. Das VAG sieht vor, dass die Interne Revision „objektiv und unabhängig von anderen betrieblichen Funktionen“ sein soll.

Diese Anforderungen decken sich mit folgenden Grundsätzen der Revisionstätigkeit, nach denen die Konzernrevision ihre Tätigkeit wahrnimmt:

- Grundsatz der Unabhängigkeit
- Grundsatz der Objektivität
- Grundsatz des vollständigen Informations- und Prüfungsrechts
- Grundsatz der Vertraulichkeit
- Grundsatz der Fachkompetenz

Berichtswesen

Die Konzernrevision berichtet grundsätzlich an den Vorstand. Die Ergebnisse der Prüfungstätigkeit werden in Form von Revisionsberichten oder Aktenvermerken dokumentiert. Darüber hinaus informiert die Konzernrevision über ihre Tätigkeit im Rahmen von Regelberichten und Sonderberichten.

Der Vorstand ist seinerseits (gemäß MaGo Rz 85) jedoch auch verpflichtet, die für die Konzernrevision verantwortliche Person eigeninitiativ, angemessen und zeitnah über Tatsachen zu informieren, die für ihre Aufgabenerfüllung erforderlich sein können.

Die Prüfungsfeststellungen werden nach einer festgelegten Systematik einzeln bewertet. Wesentliche Mängel werden gesondert herausgestellt. Bei Vorliegen schwerwiegender oder besonders schwerwiegender Mängel wird der Vorstand unverzüglich informiert. Betroffene Geschäftsführer von Tochterunternehmen werden in diesem Fall ebenfalls informiert.

Zum Quartalsende wird eine maschinelle Erfolgskontrolle für den Vorstand erstellt, die eine Übersicht über den jeweiligen Erfüllungsgrad der ursprünglichen Jahresplanung enthält.

Der Vorstand erhält außerdem einmal jährlich eine Auswertung über den Umsetzungsstand der noch offenen Maßnahmen zu einem Stichtag.

Über die im Berichtsjahr durchgeführten Prüfungen sowie deren Ergebnisse erstellt die Konzernrevision nach Jahresablauf einen Bericht für den Vorstand. Der Bericht enthält u. a. neben der Anzahl der durchgeführten Prüfungen die „wesentlichen“, „schwerwiegenden“ und „besonders schwerwiegenden“ Feststellungen der Konzernrevision im Berichtszeitraum (abgelaufenes Berichtsjahr) sowie die ergriffenen Maßnahmen und den Stand der Mängelbeseitigung. Zudem werden auch die geplanten Prüfungsthemen des laufenden Berichtsjahres berichtet.

Der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss werden über die Tätigkeiten der Konzernrevision im abgelaufenen Berichtsjahr sowie die durchgeführten Prüfungen/Prüfungsergebnisse und den Stand der Maßnahmenumsetzung durch den Vorstand informiert.

Außerhalb der periodischen Berichterstattung kann bei Bedarf (z. B. bei Verstößen gegen aufsichtsrechtliche oder gesetzliche Anforderungen) eine unverzügliche Berichterstattung an den Vorstand erfolgen.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Zuständigkeiten

Die DEURAG hat diese Funktion konzernintern ausgegliedert. Der Inhaber der Versicherungsmathematischen Funktion (VMF) ist zuständig für die Koordinierung und Validierung der Berechnungen versicherungstechnischer Rückstellungen für Zwecke von Solvency II. Er nimmt eine der vier Schlüsselfunktionen im Sinne von Solvency II wahr.

Aufgaben

Die wesentlichen Aufgaben der VMF sind:

- Koordinierung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen,
- Gewährleistung der Angemessenheit der verwendeten Methoden und Basismodelle sowie der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen getroffenen Annahmen,
- Bewertung der Hinlänglichkeit und der Qualität der Daten, die bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugrunde gelegt werden,
- Vergleich der besten Schätzwerte mit den Erfahrungswerten,
- Überwachung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen in den in § 79 VAG genannten Fällen (Näherungsverfahren),
- Formulierung einer Stellungnahme zur generellen Zeichnungs- und Annahmepolitik,
- Formulierung einer Stellungnahme zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen,
- Beitrag zur wirksamen Umsetzung des Risikomanagementsystems, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung interner Modelle, und zur Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung,
- Unterrichtung des Vorstands über die Verlässlichkeit und Angemessenheit der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen (Berichterstattung),
- Bewertung der Methoden zur Bestimmung der Latenten Steuern in Abstimmung mit der RMF und
- Koordination der Erstellung und Überarbeitung weiterer Leitlinien.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen dienen der langfristigen Finanzierbarkeit der vom Unternehmen eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen und sind ein zentraler Bestandteil von Solvency II. Da es keinen aktiven Markt für Versicherungsverpflichtungen gibt, kann die Ermittlung von Rückstellungen lediglich auf der Basis von Modellen erfolgen. Die Versicherungsmathematische Funktion hat sicherzustellen, dass die genutzten Modelle angemessen sind und die Berechnungen auf der Basis qualitätsgesicherter Datenbestände erfolgen.

Rechte und Kompetenzen

Die VMF der DEURAG bestimmt Gegenstand, Umfang, Art und Zeit der Prüfungen im Rahmen der festgelegten Aufgaben grundsätzlich nach Risikogesichtspunkten unter Gesamtberücksichtigung des Umfangs der Geschäftstätigkeit selbstständig und unabhängig.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurden folgende Grundsätze sowie Rechte und Kompetenzen festgelegt:

- **Zugriffs- und Zutrittsrecht, Informationsrecht**

Um ihre Aufgabe wahrnehmen zu können, verfügt die VMF über alle hierfür erforderlichen Zugriffs- und Zutrittsrechte. Sie hat das Recht, alle erforderlichen Informationen anzufordern.

- **Grundsatz der Unabhängigkeit und der Vermeidung von Interessenskonflikten**

Die VMF muss in ihren Handlungen und Bewertungen unabhängig und frei von Interessenskonflikten agieren können. Dies ist durch die Ausgestaltung der Funktion sichergestellt.

- **Grundsatz der Eignung und der Fachkompetenz**

Die VMF muss fachlich geeignet und persönlich zuverlässig sein, um ihre Tätigkeit im Sinne von Solvency II ausüben zu können. Daher müssen die Mitglieder der Funktion die Anforderungen der Fit & Proper-Leitlinie erfüllen.

Berichtswesen

Die Versicherungsmathematische Funktion verfasst einen jährlichen Bericht an den zuständigen Ausgliederungsbeauftragten, der diesen an den Vorstand der DEURAG weiterleitet und gegebenenfalls kommentiert. Neben der Darstellung der Wahrnehmung ihrer Aufgaben kann die Versicherungsmathematische Funktion bei Bedarf auch Empfehlungen abgeben. Sofern in den Vorjahren Empfehlungen ausgesprochen worden sind, ist auch die Nachverfolgung der Empfehlungen Inhalt des Berichts. Darüber hinaus berichtet die Versicherungsmathematische Funktion auch ad hoc über jedes in ihrem Zuständigkeitsbereich auftretende größere Problem.

B.7 Outsourcing

Eine Ausgliederung von Funktionen oder Versicherungstätigkeiten wird im Vorfeld auf Basis einer detaillierten Risikoanalyse bewertet. Für wichtige Ausgliederungen wird ein detaillierter Due-Diligence-Prozess durchgeführt und zusätzlich wird bei der Ausgliederung von Schlüsselfunktionen und wichtigen Funktionen ein Ausgliederungsbeauftragter benannt.

Die Letztverantwortung des Vorstands für die ausgegliederte Funktion oder Versicherungstätigkeit bleibt immer bestehen, auch im Falle von Subdelegationen oder bei einer gruppeninternen Ausgliederung. Für bestehende Ausgliederungen ist ein laufender Monitoringprozess eingerichtet.

Die DEURAG hat zwei Schlüsselfunktionen, die Interne Revision und die versicherungsmathematische Funktion, konzernintern auf die SIGNAL IDUNA Leben ausgegliedert. Für die Überwachung der Umsetzung der Schlüsselfunktion Interne Revision bei der SIGNAL IDUNA Leben als Dienstleister wurde das zuständige Vorstandsmitglied der Gesellschaft und der Schlüsselfunktion versicherungsmathematische Funktion die Versicherungsmathematikerin als Ausgliederungsbeauftragte benannt.

Daneben hat die DEURAG wichtige Tätigkeiten im Bereich der Vermögensverwaltung auf konzerninterne Unternehmen ausgegliedert:

- SIGNAL IDUNA Asset Management GmbH (Front-Office)
- SIGNAL IDUNA Lebensversicherung a. G. (Back- und Middle-Office)

Es bestehen folgende weitere wichtige Ausgliederungen:

- Die Leistungsbearbeitung war auf die RSS Rechtsschutz-Service-GmbH ausgegliedert. Die Gesellschaft wurde per 18. August 2022 auf die DEURAG rückwirkend zum 1. Januar 2022 verschmolzen. Die RSS war eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der DEURAG.
- Die Elektronische Datenverarbeitung ist auf die ITC Consult GmbH ausgegliedert. Die ITC ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der DEURAG.

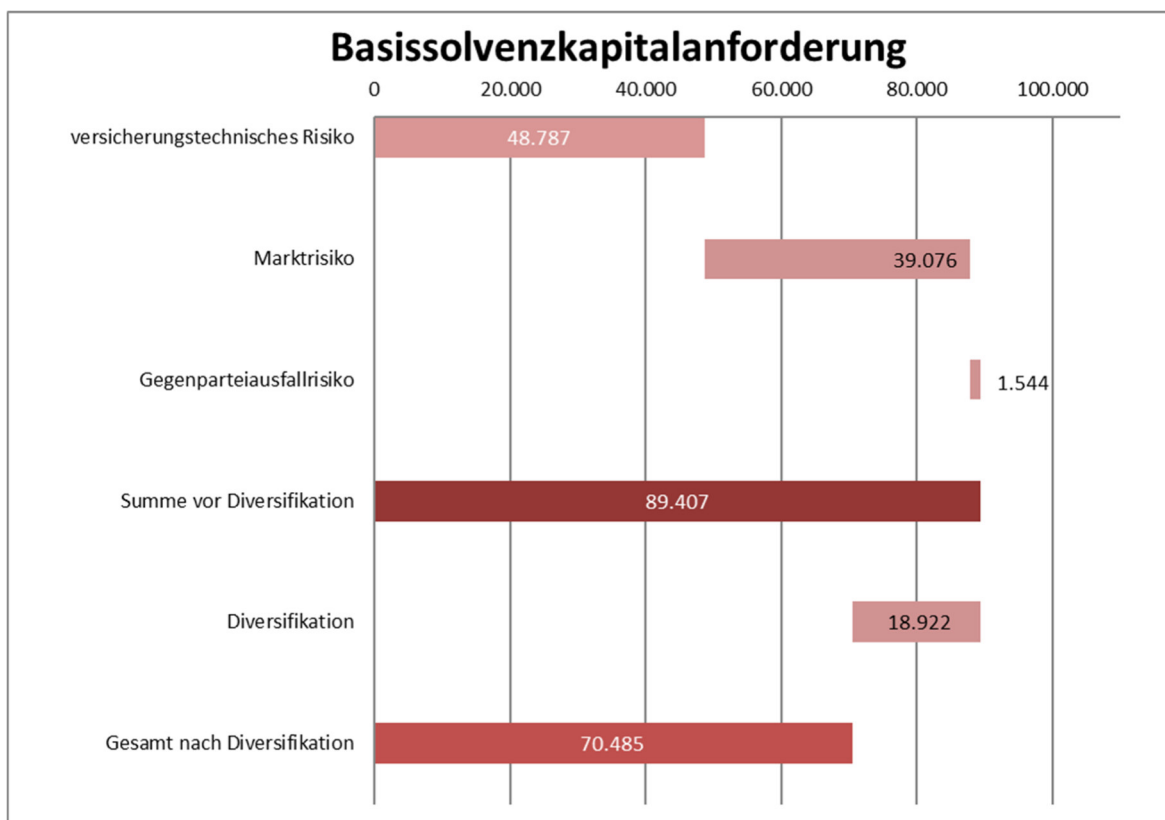
B.8 Sonstige Angaben

Sonstige wesentliche Informationen liegen nicht vor.

C. Risikoprofil

Zur Bewertung der Risiken wird die aufsichtsrechtliche Solvenzkapitalanforderung für einzelne Risikokategorien unter Anwendung der Standardformel gemäß § 96 ff VAG berechnet. Innerhalb dieser Risikokategorien sowie zwischen den einzelnen Risikokategorien erfolgt eine Aggregation mit vorgegebenen Korrelationen. Auf Veränderungen zum Vorjahr wird innerhalb des Kapitels C nur bei wesentlichen Abweichungen eingegangen.

Das versicherungstechnische Risiko, das Markt- und das Gegenparteiausfallrisiko werden im ersten Schritt unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zur Basissolvvenzkapitalanforderung (BSCR) aggregiert. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht das BSCR in Tausend Euro:



Die Basissolvvenzkapitalanforderung (BSCR) vor Diversifikation setzte sich zu 55 % aus dem versicherungstechnischen Risiko, zu 44 % aus dem Marktrisiko und zu 2 % aus dem Gegenparteiausfallrisiko zusammen. Für weiterführende Details zur Basissolvvenzkapitalanforderung wird auf die Anlage (S.25.01.02.01) verwiesen.

Durch Addition des operationalen Risikos und Berücksichtigung der Verlustausgleichsfähigkeit durch die versicherungstechnischen Rückstellungen ergibt sich im zweiten Schritt die Solvenzkapitalanforderung. Für weiterführende Details zur Solvenzkapitalanforderung wird auf das Kapitel E.2.1 verwiesen.

Für Risiken, die nicht über die o.g. Verfahren quantitativ bewertet werden können, wird eine qualitative Beurteilung vorgenommen.

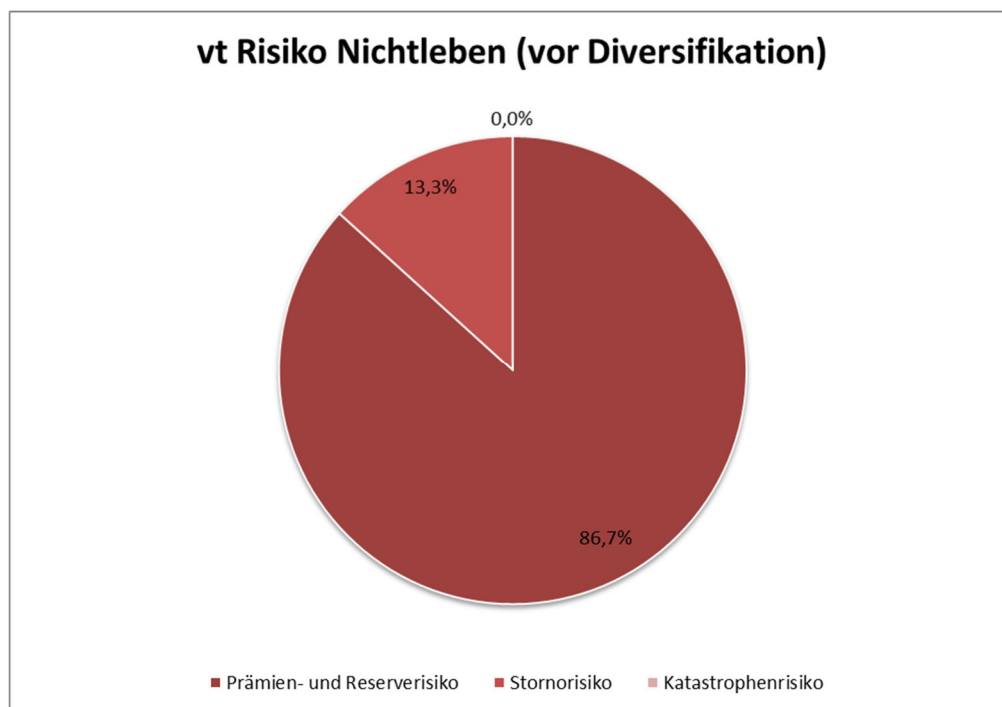
Nachhaltigkeitsrisiken werden nicht als separate Risikokategorie abgegrenzt, vielmehr werden diese Risiken als eine spezielle Ausprägung in den bestehenden Risikokategorien berücksichtigt. Für weiterführende Details wird auf das Kapitel C.7 verwiesen.

Zum Berichtsstichtag sind für die DEURAG das versicherungstechnische Risiko und das Marktrisiko von wesentlicher Bedeutung

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Zum versicherungstechnischen Risiko gehören Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bereitstellung des Versicherungsschutzes stehen. Es handelt sich um das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht bzw. das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen ergibt.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Zusammensetzung des versicherungstechnischen Risikos bei der DEURAG:



Das **Prämienrisiko** als wesentliches Risiko der DEURAG bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der zukünftigen versicherten Ereignisse ergibt. Das Prämienrisiko wird durch eine risikogerechte Differenzierung des Tarifs, eine auskömmliche Tarifierung, die Einrechnung eines Sicherheitszuschlags in die Prämie, Risikoprüfungen, Annahmerichtlinien, Sanierungen,

Produktcontrolling und angemessene Rückversicherungsmaßnahmen begrenzt. Für die Berechnung des Prämienrisikos wurde bei der DEURAG der Standardrisikofaktor durch einen unternehmensspezifischen Parameter ersetzt (siehe Kapitel E.2.4).

Neben dem Prämienrisiko spielt das **Reserverisiko** eine wesentliche Rolle. Dies wird definiert als Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Schwankungen in Bezug auf die Abwicklung eingetretener Schäden ergibt. Das Risikopotenzial wird dadurch begrenzt, dass die Abwicklung eingetretener Schäden laufend verfolgt wird und die daraus gewonnenen Erkenntnisse für die aktuellen Schätzungen der endgültigen Schadenaufwendungen berücksichtigt werden. Für die Berechnung des Reserverisikos wurde bei der DEURAG der Standardrisikofaktor durch einen unternehmensspezifischen Parameter ersetzt (siehe Kapitel E.2.4).

Das Prämien- und das Reserverisiko werden zu einer Risikosubkategorie zusammengefasst, die mit einem Anteil von 86,7 % vor Diversifikation die größte Risikosubkategorie im nichtlebensversicherungstechnischen Risiko darstellt.

Das **Stornorisiko** bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Storno-, Unterbrechungs- und Verlängerungsraten von Versicherungspolizen ergibt. Die Überwachung des Stornorisikos erfolgt durch eine laufende Beobachtung der Bestandsentwicklung mit Hilfe diverser Berichte. Darüber hinaus existieren zur Steuerung des Risikos Maßnahmen wie die Stornorückgewinnung oder die Verbesserung von Serviceleistungen für den Kunden.

Ein weiteres Submodul des versicherungstechnischen Risikos in der Standardformel bilden Katastrophenrisiken aus Naturgefahren und sonstigen Kumulereignissen. Diese Risiken sind für die Sparte Rechtsschutz nicht vorhanden.

Wesentliche Risikominderungstechniken für das versicherungstechnische Risiko sind die Zeichnungspolitik, die sich in den Annahmerichtlinien des Unternehmens widerspiegelt und Ausschlussstatbestände in den Allgemeinen Rechtsschutzbedingungen. Dadurch werden Risiken vermieden, die das Unternehmen nicht tragen möchte oder die nicht tragbar wären.

Unsere Prämienpolitik hat die Bestimmung von korrekten und auskömmlichen Prämien der Versicherungsprodukte zur Bedeckung der anfallenden Schäden des Kollektivs zum Ziel, um langfristig versicherungstechnische Gewinne zu sichern. Das Unternehmen hat ein System zur Steuerung und Überwachung der Bestandsentwicklung und der Bestandsqualität implementiert.

Das Schadenmanagement minimiert die Schadenbelastung der angefallenen Schäden durch eine effiziente Bearbeitung und Steuerung der Schadenabwicklung, um die Wahrscheinlichkeit von versicherungstechnischen Verlusten zu reduzieren.

Um die Abweichung der tatsächlichen Schadenbelastung von dem Erwartungswert zu reduzieren, sind in den Allgemeinen Rechtsschutzbedingungen Prämienanpassungsoptionen enthalten.

Es erfolgt regelmäßig eine Überprüfung von Rückversicherungslösungen. Für das Berichtsjahr liegt für die DEURAG kein laufender Rückversicherungsvertrag vor.

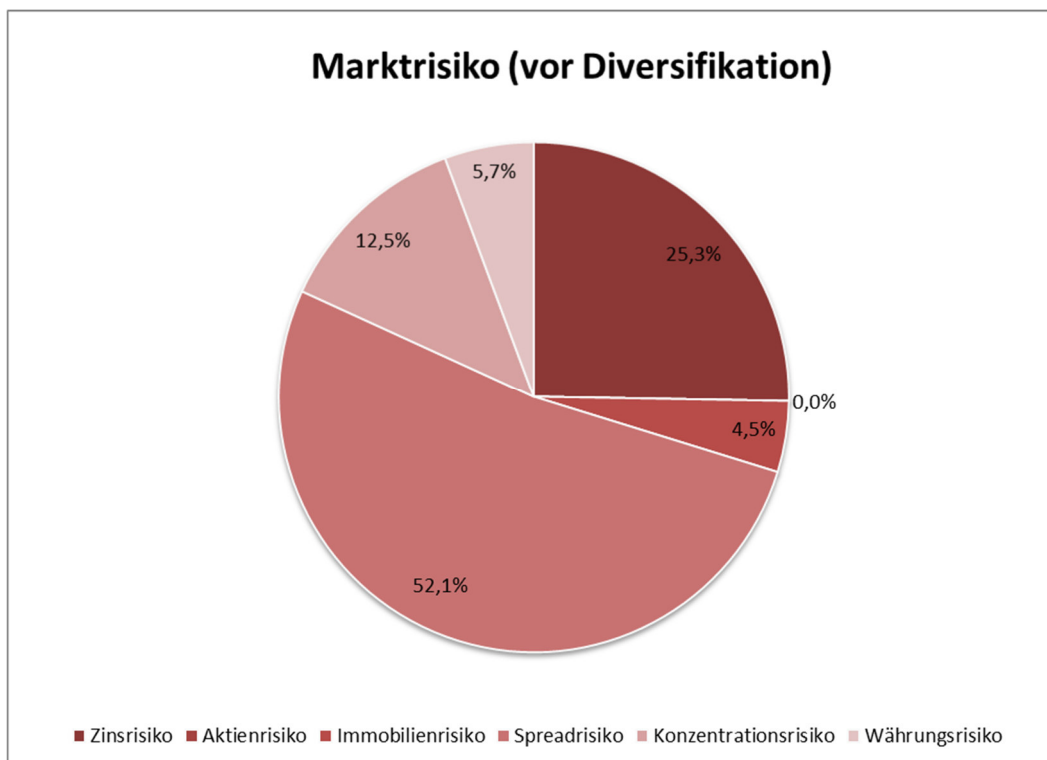
Die Wirksamkeit der definierten Steuerungsmaßnahmen wird über ein übergreifendes Monitoring sichergestellt. Die monatliche Regelberichterstattung schafft Transparenz in allen risikorelevanten Perspektiven.

Um die Wirkungsweise der Risiken besser zu verstehen, führt die DEURAG Analysen der Berechnungsergebnisse durch. Dabei finden z. B. Sensitivitäts- oder Szenariorechnungen Verwendung. Für das versicherungstechnische Risiko wurde eine gleichzeitige Variation des Prämien- und Reserverisikos betrachtet. Dabei wurde eine relative Veränderung der Risikofaktoren um + 15 % untersucht. Insgesamt zeigt sich, dass die Veränderung der variierten Parameter einen wesentlichen Einfluss auf das Versicherungstechnische Risiko Schaden, das SCR sowie die Eigenmittel hat. Bei Eintritt des beschriebenen adversen Szenarios wäre die Bedeckung der DEURAG mit 146,0 % jedoch weiterhin gegeben.

C. 2 Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt.

Das Marktrisiko besteht ebenfalls aus verschiedenen Risikosubkategorien. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Zusammensetzung der einzelnen Risikosubkategorien (vor Diversifikation):



Im Folgenden werden die Subkategorien mit einem Anteil von mindestens 5 % vor Diversifikation zum 31. Dezember 2022 für die DEURAG kurz erläutert.

Die wesentlichste Subkategorie im Marktrisiko der DEURAG ist das **Spreadrisiko** mit einem relativen Anteil von 52,1 %. Dies bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Creditspreads über der risikofreien Zinskurve. Im Rahmen der Bewertung des Spreadrisikos werden die Auswirkungen der Änderungen von Creditspreads gegenüber dem risikolosen Zins auf den Marktwert von Kapitalanlagen

analysiert. Die Veränderung der Kreditspreads resultiert aus Bonitätsänderungen der Schuldner sowie Veränderungen der Liquidität und somit der Handelbarkeit der Kapitalanlage. Das Risiko besteht im Wertverfall eines Kredits bzw. in der Möglichkeit, dass sich Verluste in Form von Kreditausfällen oder Ertragsausfällen ergeben.

Das **Konzentrationsrisiko** hat einen relativen Anteil von 12,5 %. Es beschreibt zusätzliche Risiken, die entweder durch eine mangelnde Diversifikation des Anlageportfolios oder durch eine hohe Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko eines einzelnen Wertpapieremittenten oder einer Gruppe verbundener Emittenten bedingt sind. Das Konzentrationsrisiko der DEURAG zum 31. Dezember 2022 ergab sich überwiegend aus Investments bei europäischen Kreditinstituten aus dem Investment Grade Bereich.

Das **Zinsrisiko** als weiteres wesentliches Risiko hat einen relativen Anteil von 25,3 %. Es besteht für alle Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente, deren Marktwert auf eine Änderung der risikofreien Zinskurve reagiert oder für die Verluste durch die Volatilität der Zinssätze entstehen. Neben Marktwertverlusten durch einen Zinsanstieg ergibt sich auch das Wiederanlagerisiko daraus, dass die Zinserträge bei der Neuanlage in Niedrigzinsphasen langfristig niedriger ausfallen als erwartet.

Das **Währungsrisiko** mit einem relativen Anteil von 5,7 % bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse. Währungsrisiken ergeben sich zum Beispiel aus der Aufwertung der Inlandswährung bzw. Abwertung der Auslandswährung im Hinblick auf Anlagen, die in Auslandswährungen gehalten werden. Eine Realisierung des Risikos ergibt sich in diesem Fall unter anderem, falls die entsprechende Kapitalanlage veräußert wird oder werden muss oder im Rahmen der Bilanzierung durch Abschreibung von Währungsverlusten.

Der **Diversifikationseffekt** im Marktrisiko liegt bei der DEURAG bei 36,6 %.

Zur Risikominderung von Marktrisiken werden bewährte Verfahren angewendet. So werden Kurs- und Währungsrisiken mittels Futures, Optionen und Devisentermingeschäften abgesichert. Die Steuerung des Spreadrisikos erfolgt im Rahmen eines mehrstufigen Prozesses. Die Anlage erfolgt grundsätzlich auf Basis eines definierten Emittentenuniversums. Die betreffenden Emittenten werden vor Aufnahme einem intensiven Prüfungsprozess unterworfen. Diese Einschätzung wird im weiteren Verlauf regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Emittenten, die aufgrund einer negativen Einschätzung aktuell für die Neuanlage gesperrt sind oder unter besonderer Beobachtung stehen, werden auf eine Watchlist gesetzt. Die Steuerung des Konzentrationsrisikos erfolgt über die Vergabe von Limiten für die jeweiligen Emittenten und Anlagesegmente, deren Einhaltung kontinuierlich überwacht wird. Immobilienrisiken werden über Anlegerausschüsse und -richtlinien sowie die laufende Überwachung der Objekte durch das Portfolio- und Risikomanagement und deren Bewertung durch neutrale Gutachter begegnet.

Im Einklang mit dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht erfolgt die Kapitalanlage der DEURAG unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Unternehmens sowie unter spezifischer Ausgestaltung der Anlagegrundsätze Sicherheit, Rentabilität, Liquidität und Qualität. Die Anlage von Vermögenswerten erfolgt grundsätzlich im besten Interesse der Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigten.

Die Kapitalanlagestrategie berücksichtigt die Verpflichtungsstrukturen der versicherungstechnischen Passiva und basiert auf kurz-, mittel- und langfristigen Einschätzungen der Renditeerwartungen und Risiken in den relevanten Kapitalmarktsegmenten. Es werden nur Risiken eingegangen, die hinsichtlich ihrer Auswirkungen eingeschätzt werden können und für deren Steuerung über das erforderliche Know-how sowie die erforderlichen Methoden verfügt wird. Die Kapitalanlagestrategie ist konsistent zur Geschäfts- und Risikostrategie des Unternehmens. Die Risikotoleranzschwellen stehen im Einklang mit dem Risikoappetit des Unternehmens.

Für das Marktrisiko wurden Sensitivitätsberechnungen zum Zinsrisiko und zum Marktrisiko als Ganzes durchgeführt.

Es wurden die Auswirkungen einer Verschiebung der Zinsstrukturkurve untersucht. Bei dieser Sensitivität wird die risikofreie Zinsstrukturkurve um 50 Basispunkte bei konstanter Ultimate Forward Rate (UFR) parallel nach unten verschoben. Die Zinsstrukturkurve stellt eine wesentliche Berechnungsannahme bei der Risikobeurteilung dar. Eine Variation dieser Kurve kann sich sowohl auf die Eigenmittel als auch auf die Solvenzkapitalanforderung auswirken. Die Analyse der Ergebnisse zeigt eine Auswirkung des veränderten Zinsniveaus auf die Bedeckungsquote der DEURAG, die von 159,7 % um 5,2 %-Punkte auf 164,9 % stieg. Die Solvenzkapitalanforderung stieg in dieser Berechnung um +0,4 %. In Verbindung mit gestiegenen Eigenmitteln von 3,7 % führte dies zu dem Anstieg der Bedeckungsquote. Diese Sensitivitätsberechnung beschreibt die Abhängigkeit der DEURAG von Veränderungen des Zinsumfeldes. Es lässt sich festhalten, dass ein solches Szenario die Solvabilität der DEURAG nicht gefährden würde.

Zur Untersuchung der Bedeutung des Marktrisikos für die DEURAG wurde das Marktrisiko um +15 % relativ erhöht. Durch diese Variation steigt die Solvenzkapitalanforderung für das Marktrisiko um 6.985 TEUR. In Verbindung mit den konstant gebliebenen Eigenmitteln reduzierte sich die Bedeckungsquote der DEURAG deutlich um -10,6 %-Punkte auf 149,1 %. Insgesamt lässt sich festhalten, dass auch ein derartiges Szenario die Solvabilität der DEURAG nicht gefährden würde.

C.3 Kreditrisiko (= Gegenparteausfallrisiko)

Das Gegenparteausfallrisiko trägt möglichen Verlusten Rechnung, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen ergeben.

Bei der Bewertung des Gegenparteausfallrisikos werden die risikomindernden Verträge wie Rückversicherungsvereinbarungen, Verbriefungen und Derivate sowie Forderungen gegen Vermittler und alle sonstigen Kreditrisiken, die im Spreadrisiko nicht abgedeckt sind, berücksichtigt.

Das Gegenparteausfallrisiko der DEURAG betrug gemäß den Berechnungen nach der Standardformel 1.544 TEUR.

Zur Risikominderung im Bereich Kapitalanlagen werden Limite definiert und laufend überwacht.

Das sich aus bestehenden Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern ergebende Ausfallrisiko wird beispielsweise durch die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zur Provisionsstornohaftung sowie durch die Tatsache gemildert, dass ausstehende Forderungen gegenüber Vermittlern mit zukünftig entstehenden Provisionsansprüchen der betroffenen Vermittler verrechnet werden können.

Das Risiko des Ausfalls von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern wird beispielsweise durch eine vorvertragliche Prüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Vertragspartner gemildert.

Aufgrund der untergeordneten Bedeutung des Ausfallrisikos sind keine Stresstests und Sensitivitätsanalysen durchgeführt worden.

C.4 Liquiditätsrisiko

Primäres Ziel der Steuerung der Liquiditätsrisiken ist die Sicherstellung der notwendigen Liquidität unter Wahrung der Rentabilität. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben obliegt der Finanzplanung, dem Cashmanagement sowie dem Anlageprozess der freien Liquidität unter Einbindung des Asset Managements und des Kapitalanlagencontrollings.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken bezieht sich auf kurz- und mittelfristige Risiken. Kurzfristig bedeutet in diesem Zusammenhang die Tages-, Monats- und Jahressicht. Mittelfristig beinhaltet einen Zeitraum von in der Regel zwischen einem und vier Jahren (Berichtsjahr + drei Planjahre).

Darüber hinausgehende Zeiträume werden in Form von mittel- bis langfristigen Szenarien durch den ALM-Prozess abgedeckt.

Die gesamte Liquiditätssituation wird im Betrachtungszeitraum bei der DEURAG als unkritisch beurteilt.

C.5 Operationelles Risiko

Operationelle Risiken betreffen die Qualität und Effizienz der Organisation, der funktionalen Abläufe, des Personals, der Technik und der Kontrolle und beschreiben das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Außerdem ist das Rechtsrisiko ein Bestandteil des operationellen Risikos.

Zur weiteren Verbesserung einer nachvollziehbaren, effizienten und wirksamen Steuerung von im Geschäftsbetrieb existierenden operationellen Risiken wird das Interne Kontrollsystem stetig weiterentwickelt.

Da in der SIGNAL IDUNA Gruppe alle wesentlichen Geschäftsprozesse und Aufgaben durch Informationstechnik (IT) unterstützt werden, liegt hier ein besonderer Schwerpunkt in der Betrachtung der operationellen Risiken.

IT-Risiken umfassen alle IT-bezogenen Risiken, die aus dem Eigentum, dem Betrieb, der Nutzung sowie bei Änderungen von Informationstechnologie entstehen.

Einem möglichen Ausfall der IT-Systeme wird mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen entgegengewirkt. Zentrale Elemente sind beispielhaft der Betrieb eines Sekundär-Rechenzentrums, die Durchführung umfangreicher Datensicherungen und -spiegelungen, maschinelle Überwachung der Systeme auf allen Ebenen, Bereitschaftsregelungen sowie Wartungsverträge mit den verschiedenen Anbietern von Hard- und Software.

Zum Schutz der Daten vor unberechtigtem Zugriff und Manipulation sind angemessene technische und organisatorische Vorkehrungen getroffen worden – z. B. durch die Installation von Firewall-Systemen (Trennung vom öffentlichen Netz), Virenschaltern, Verschlüsselungen, abgesicherten Verbindungen und die Nutzung von Authentifizierungssystemen.

Die Eignung der beschriebenen Vorkehrungen wird regelmäßig, z. B. im Rahmen von Notfallübungen oder Penetrationstests, überprüft und bewertet.

Die IT wirkt den im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung entstandenen neuen digitalen Bedrohungen, insbesondere Cyber-Risiken, hinreichend entgegen. Die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität von Daten

und Informationen wird bei der Verarbeitung derselben gewährleistet. Die DEURAG stellt eine hinreichende Informationssicherheit aller IT-Infrastrukturen und -Anwendungen sicher.

Nicht zuletzt aufgrund des andauernden Ukraine-Krieges wurde seitens der ITC Consult GmbH verstärkt der Fokus auf die Gefahrenlage aus den betroffenen Geo-Lokationen gerichtet und Maßnahmen zur Stärkung der IT-Sicherheitslage implementiert. Hinsichtlich der Risikoeinschätzung und Maßnahmen orientiert sich die ITC Consult GmbH an den Empfehlungen des Bundesamts für Sicherheit.

Um Schaden vom Unternehmen abzuwenden, werden neben den technischen Sicherheitsstandards (Stand der Technik) innerhalb der IT auch Sensibilisierungsmaßnahmen (Awareness) für die User durch den IT-Sicherheitsbeauftragten durchgeführt.

Um die Sicherheit aller vorhandenen Informationen zu managen, orientiert sich die Informationssicherheit der DEURAG an international anerkannten Standards zur Informationssicherheit (ISO 27001/ISO 27002). Es existiert eine Informationssicherheitspolitik, die durch die Informationssicherheitsleitlinie und weitere Richtlinien zum Information Security Management System (ISMS) ergänzt wird. Informationssicherheitsrisiken werden im Rahmen des ISMS kontinuierlich auf unterschiedlichen Wegen identifiziert (z. B. Allgemeine Risikoanalyse, Audits). Die Informationssicherheit ist neben der Überwachung des Einhaltens von Informationssicherheitsvorgaben auch für die Behandlung von Informationssicherheitsvorfällen verantwortlich. Darüber hinaus werden von ihr Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen (Awareness) durchgeführt.

Das **Prozessrisiko** bezeichnet Risiken, die aufgrund fehlgeschlagener Prozesse direkt oder indirekt zu Verlusten führen, vor allem im Falle von Prozessen mit Kontakt zu Kunden oder Geschäftspartnern. Prozesse unterliegen dem Risiko, dass sie aufgrund von Fehlbearbeitungen ganz oder teilweise fehlschlagen.

Risiken aus der Veränderung von Prozessen kann durch regelmäßiges Überprüfen der Prozessgestaltung sowie der prozessinhärenten Kontrollen entgegengewirkt werden.

Den Risiken aus Fehlbearbeitungen wird mit verbindlichen, zum Teil maschinellen Prüfverfahren begegnet.

Für die wesentlichen Prozesse der DEURAG werden Prozessdokumentationen erstellt, die jeweiligen prozessrelevanten, operationellen Risiken identifiziert und entsprechende risikomindernde/-vermeidende Kontrollen/Maßnahmen durch den prozessverantwortlichen Bereich aufgesetzt. Geschäftskritische Prozesse werden zudem im Business Continuity Management (BCM) identifiziert und dokumentiert, das sich in einem laufenden Optimierungsprozess befindet. Kontrollen können vor- oder nachgelagert zum Prozess greifen, präventiver oder detektiver Art sein, sowie automatisiert, teilautomatisiert oder manuell ablaufen. Unter risikomindernden/-vermeidenden Maßnahmen werden Schulungs-, Kommunikations- und organisatorische Maßnahmen verstanden, welche reduzierenden/vermeidenden Einfluss auf die prozessrelevanten Risiken haben.

Das **Compliance-Risiko** ist definiert als Auswirkungen aus dem Verstoß gegen die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen, aufsichtsbehördlichen Anforderungen sowie sonstigen internen und externen Vorgaben und Standards. Diese Auswirkungen umfassen finanzielle Schäden, Sanktionen der Aufsichts- und Ermittlungsbehörden, Reputationsschäden und Haftungstatbestände der Organmitglieder. Die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen, aufsichtsbehördlichen Anforderungen sowie sonstigen internen und externen Vorgaben und Standards wird durch die Umsetzung umfassender präventiver Maßnahmen (z. B. Rechtsmonitoring und Compliance-Risikoanalyse) unterstützt. Grundlage des rechtskonformen Verhaltens aller Mitarbeitenden sind der Compliance-Kodex der SIGNAL IDUNA Gruppe, Compliance-Schulungen sowie umfassende interne Richtlinien und Anweisungen.

Das **Rechtsrisiko** bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von Änderungen des durch die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens sowie durch Änderungen in der Gesetzgebung.

Zur Reduzierung (bzw. Vermeidung) von Compliance- und Rechtsrisiken wird eine regelmäßige Beobachtung des Rechtsraumes durchgeführt. Relevante Rechtsänderungen und die aktuelle Rechtsprechung werden über ein eigenes Informationssystem an die für die Geschäftsprozesse verantwortlichen Mitarbeitenden weitergegeben. Festgestellten Rechtsänderungen kann so zeitnah entsprochen werden und Verstößen gegen die aktuelle Rechtslage wird vorgebeugt.

Das **Mitarbeiter-Risiko** ist ein wichtiger Bestandteil des operationalen Risikos. Um langfristig ihre Ziele erreichen zu können, ist die DEURAG auf ihre Mitarbeitenden und deren individuelle Stärken angewiesen.

Wir unterstützen die an der Unternehmensstrategie ausgerichtete strategische Personalentwicklung unserer Mitarbeitenden und Führungskräfte unter anderem durch die Einführung eines Konzeptes strategische Personalentwicklung/Personalplanung, ein professionelles Kompetenzmanagement und umfangreiches Lernangebot. Ein weiteres wichtiges Instrument des Personalmanagements ist die Einführung einer Nachfolgeplanung, die hilft, dem Verlust relevanten Wissens entgegenzuwirken.

Im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements werden verschiedene Angebote geplant, um die Gesundheit und die Leistung von Mitarbeitenden der DEURAG zu erhalten und zu fördern. Hierdurch wird dem operationalen Risiko entgegengewirkt.

Risikosensitivitäten wurden bisher im Rahmen operationeller Risiken nicht betrachtet.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Bei den anderen wesentlichen Risiken handelt es sich nach unserer Definition um Risikosubkategorien, die fachlich keiner anderen Risikokategorie zugeordnet werden können. Die anderen wesentlichen Risiken umfassen das Neugeschäftsrisiko, das Reputationsrisiko und das strategische Risiko. Diese Risiken begründen für das Unternehmen keinen Kapitalbedarf.

Beim **Reputationsrisiko** handelt es sich um das Risiko einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kundinnen und Kunden, Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartnern, Eigentümerinnen und Eigentümern/Aktionärinnen und Aktionären, Behörden).

Das Reputationsrisiko ist in der Regel ein Risiko, das im Zusammenhang mit anderen Risiken auftritt. So kann sich ein Reputationsschaden unter anderem auf das Neugeschäft und die Stornoquoten und damit auf die Bestandsentwicklung auswirken.

Um Reputationsrisiken zu begegnen, gelten Kommunikationskonzepte und Kommunikationsleitlinien. Darüber hinaus wird bei Bedarf auf externe Unterstützung von Kommunikationsspezialisten zurückgegriffen.

Beim **strategischen Risiko** handelt es sich um "negative Veränderungen im Unternehmenswert" als Folge von strategischen Entscheidungen und deren Umsetzung.

Das strategische Risiko wird im Rahmen des Konzernsteuerungsprozesses, in dem alle finanziellen Steuerungsprozesse zusammengefasst werden, gesteuert. Durch die drei Ebenen Strategie (Zielbildung), Planung (zur Zielerreichung) und Controlling (Überprüfung der Zielerreichung, Maßnahmendurchführung) und die laufende Berichterstattung an den Vorstand wird sichergestellt, dass das Risiko regelmäßig überwacht wird.

Das **Neugeschäftsrisiko** umfasst das Risiko, dass gesetzte Ziele für das Neugeschäft nicht erreicht werden und dieser Umstand negativ auf die Bestandsentwicklung des Unternehmens wirkt.

Um Neugeschäftsrisiken zu mindern, wird die Erreichung der Neugeschäftsziele laufend überwacht. Bezüglich der Steuerung des Vertriebes führt die DEURAG ein intensives Vertriebscontrolling durch, in dem verschiedene Regelberichte und fallbezogene ad-hoc Berichte bezüglich der wesentlichen Kennzahlen etabliert sind.

Darüber hinaus wird das Neugeschäftsrisiko über die Diversifikationseffekte, die aufgrund verschiedener Vertriebskanäle entstehen, positiv beeinflusst bzw. gemindert. Die DEURAG verfolgt eine 2-Marken-Strategie auf zwei Vertriebswegen. Die Marke ALLRECHT wird über den Ausschließlichkeitsvertrieb der SIGNAL IDUNA Gruppe und der MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe vertrieben. Der Vertrieb der Marke DEURAG erfolgt über freie Vertriebspartner (Makler und Mehrfachagenten).

C.7 Sonstige Angaben

Nachhaltigkeitsrisiken

Nachhaltigkeitsrisiken sind Ereignisse oder Bedingungen aus den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung, deren Eintreten tatsächlich oder potenziell erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie auf die Reputation haben können; dies schließt klimabezogene Risiken in Form von physischen Risiken und Transitionsrisiken ein. Physische Risiken resultieren unmittelbar aus dem Klimawandel, z. B. durch eine zunehmende Intensität oder Häufigkeit von Extremwetterereignissen. Transitionsrisiken entstehen im Zusammenhang mit der Umstellung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft, z. B. der Verzicht auf Energieerzeugung aus fossilen Rohstoffen und Orientierung an erneuerbaren Energien, d. h. eine Veränderung der Zusammensetzung der globalen Stromerzeugung. In Übereinstimmung mit dem „Merkblatt zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken“ der BaFin wird für Nachhaltigkeitsrisiken keine separate Risikokategorie abgegrenzt, vielmehr werden diese Risiken in den bestehenden Prozessen als eine spezielle Ausprägung bestehender Risikokategorien berücksichtigt.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

Innerhalb des nachstehenden Kapitels werden bedeutsame Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens angesprochen. Als bedeutsam wurden in diesem Kontext diejenigen Positionen angesehen, die in Bezug auf die Bilanzsumme der Vermögenswerte der Bilanz mit Marktwerten oder marktkonsistent bewerteten Aktiva und Passiva (nachfolgend „Solvabilitätsübersicht“) eine Größenordnung von mindestens 3 % erreichen.

Darüber hinaus sind in Ausnahmefällen auch Positionen angesprochen worden, die den genannten Schwellenwert zwar nicht erreichten, bei denen eine Beschreibung jedoch aus anderen Gründen sachgerecht erschien. In diesem Falle findet sich eine Erläuterung dieses Umstandes innerhalb des entsprechenden Unterkapitels. Die vollständige Solvabilitätsübersicht ist als S.02.01.02.01 in der Anlage enthalten.

D.1 Vermögenswerte

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick der Vermögenswerte der DEURAG:

Vermögenswerte	31.12.2022	31.12.2021
	TEUR	TEUR
Latente Steueransprüche	20.668	2.543
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	7.868	6.509
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	414.178	453.891
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	3.419	2.913
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	25	50
Aktien	16	16
Aktien – nicht notiert	16	16
Anleihen	277.902	281.670
Staatsanleihen	16.192	26.528
Unternehmensanleihen	261.710	255.142
Organismen für gemeinsame Anlagen	113.916	142.142
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	18.900	27.100
Einforderbare Beträge aus Rückversicherung	249	351
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	4.917	4.107
Abrechnungsforderung aus Rückversicherung	103	53
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	1.325	2.882
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.105	7.754
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	73	79
Vermögenswerte Gesamt	451.485	478.170

Als bedeutsame Vermögenswerte, die 95,6 % der gesamten Vermögenswerte ausmachten, werden im Folgenden dargestellt:

- Latente Steueransprüche
- Staatsanleihen
- Unternehmensanleihen
- Organismen für gemeinsame Anlagen
- Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten

Latente Steueransprüche (S.02.01, C0010/R0040)

Im Zusammenhang mit darzustellenden Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen der Solvabilitätsbeurteilung ist zu berichten, dass die temporären Differenzen zwischen der Steuerbilanz und der Solvabilitätsübersicht der Latenzberechnung unterworfen wurden. Die latenten Steuern errechneten sich dabei aus den Differenzen zwischen den einzelnen Vermögenswerten und den einzelnen Verbindlichkeiten der Solvabilitätsübersicht mit der Steuerbilanz. Diese Differenzen wurden mit einem individuellen, jeweils gültigen latenten Steuersatz bewertet.

Die mit der beschriebenen Bewertungsmethodik einhergehende Unsicherheit ist insgesamt als nicht wesentlich einzuschätzen, da sowohl die Steuerbilanz als auch die HGB-Bilanz regelmäßig extern geprüft werden und die Latenzen von den zuständigen Fachbereichen ermittelt werden.

Die angewendete Bewertungsmethodik ist angemessen und entspricht den gängigen Verfahren. Die Angemessenheit der beschriebenen Methodik wird im Rahmen der Prüfung der Solvabilitätsübersicht durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft einer regelmäßigen Überprüfung unterzogen.

Staatsanleihen (S.02.01, C0010/R0140)

Zum Berichtsstichtag betrug der Wert der Staatsanleihen 16.192 TEUR (Vorjahr: 26.528 TEUR).

Börsennotierte Staatsanleihen werden grundsätzlich gemäß Artikel 10 Absatz 2 DVO mit dem an einem aktiven Markt festgestellten Marktpreis bewertet. Bei der Beurteilung des Vorhandenseins eines aktiven Marktes werden gemäß Absatz 4 die folgenden Kriterien herangezogen, die in den von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 übernommenen Internationalen Rechnungslegungsstandards definiert sind:

- Homogenität der Produkte
- Preisstellung
- regelmäßiger Handel / regelmäßige Nachfrage

Der Anteil der derart bewerteten Staatsanleihen am Gesamtbestand betrug 99,8 %

Ergibt die Prüfung anhand der Kriterien für einen aktiven Markt, dass es sich nicht um einen solchen handelt, werden die betreffenden Vermögenswerte gemäß Artikel 10 Absatz 6 (b) und Absatz 7 (b) mittels Zinssatz und Credit Spreads unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewertet. Der Zeitwert wird mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen ermittelt. Die Bewertung basiert auf der restlaufzeitadäquaten Euro-Swap-Kurve zum Bewertungsstichtag zzgl. eines anlagenspezifischen Risikoaufschlags, der sich an den am Markt beobachtbaren Spreads für gleichartige Vermögensgegenstände orientiert.

Nicht börsennotierte Staatsanleihen werden ebenfalls gemäß Artikel 10 Absatz 6 (b) und Absatz 7 (b) mittels Zinssatz und Credit Spreads unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewertet. In diesen Fällen werden die Zeitwerte mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen ermittelt. Die Bewertung basiert auf der restlaufzeitadäquaten Euro-Swap-Kurve zum Bewertungsstichtag zzgl. eines anlagenspezifischen Risikoaufschlags, der sich an den am Markt beobachtbaren Spreads für gleichartige Vermögensgegenstände orientiert.

Der Anteil der unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewerteten Staatsanleihen am Gesamtbestand betrug 0,2 %.

Die Bewertung der Staatsanleihen basiert entweder auf direkt an Märkten gebildeten Preisen oder auf Zinskurven und Credit Spreads und damit auf direkt an Märkten beobachtbaren Inputfaktoren und ist daher als angemessen zu betrachten. Bewertungsunsicherheiten resultieren im Wesentlichen aus der Auswahl der Referenz-Vermögenswerte im Hinblick auf die Festlegung der Risikoaufschläge.

An Märkten gebildete Preise enthalten bereits die Erwartungen der Marktteilnehmer bezüglich der künftigen Entwicklung der Vermögenswerte. Bei der Bewertung der Staatsanleihen anhand der Discounted-Cash-Flow-Methode werden Erwartungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Vermögensgegenstände im Rahmen des verwendeten Risikoaufschlags berücksichtigt.

Bei der Bewertung von Vermögensgegenständen ist grundsätzlich die Verwendung von an aktiven Märkten gebildeten Marktpreisen für identische Vermögensgegenstände gefordert. Ist dies nicht möglich, können alternative Bewertungsmethoden angewandt werden, wobei die verwendeten Bewertungsparameter höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz aufweisen müssen.

Die gewählten Bewertungsmethoden stehen mit den in Artikel 10 Absatz 7 (a) und (b) DVO genannten Ansätzen in Einklang. Die Angemessenheit der Bewertung wird sichergestellt, indem die verwendeten Inputfaktoren regelmäßig auf eben diese Kriterien - höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz - geprüft werden.

Im Rahmen von Solvency II wurde ein um 465 TEUR geringerer Wert als im HGB-Jahresabschluss ermittelt.

Die Differenz resultiert aus der Tatsache, dass die Staatsanleihen im Jahresabschluss abweichend zur Solvabilitätsübersicht nicht zu Marktwerten, sondern gemäß der jeweiligen HGB-Vorschriften folgendermaßen bilanziert und bewertet werden:

Börsennotierte Staatsanleihen werden für die Zwecke des HGB-Abschlusses zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert und grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Für ausgewählte Inhaberschuldverschreibungen wird von der Möglichkeit des § 341b Absatz 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) Gebrauch gemacht. Bei diesen Papieren findet das gemilderte Niederstwertprinzip Anwendung.

Bei nicht börsennotierten Staatsanleihen mit Kuponzahlung, die als Namensschuldverschreibung ausgestattet sind, werden die Nennwerte aktiviert, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen. Im Falle von Schuldscheindarlehen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen.

Unternehmensanleihen (S.02.01, C0010/R0150)

Zum Berichtsstichtag betrug der Wert der Unternehmensanleihen 261.710 TEUR (Vorjahr: 255.142 TEUR).

Börsennotierte Unternehmensanleihen werden grundsätzlich gemäß Artikel 10 Absatz 2 DVO mit dem an einem aktiven Markt festgestellten Marktpreis bewertet. Bei der Beurteilung des Vorhandenseins eines aktiven Marktes werden gemäß Absatz 4 die folgenden Kriterien herangezogen, die in den von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 übernommenen Internationalen Rechnungslegungsstandards definiert sind:

- Homogenität der Produkte
- Preisstellung
- regelmäßiger Handel / regelmäßige Nachfrage

Der Anteil der derart bewerteten Unternehmensanleihen am Gesamtbestand betrug 39,8 %.

In einzelnen Fällen hat die Prüfung anhand der Kriterien für einen aktiven Markt ergeben, dass es sich nicht um einen solchen handelt. In diesen Fällen werden die betreffenden Vermögenswerte gemäß Artikel 10 Absatz 6 (b) und Absatz 7 (b) mittels Zinssatz und Credit Spreads unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewertet. Der Zeitwert wird mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen ermittelt. Die Bewertung basiert auf der restlaufzeitadäquaten Euro-Swap-Kurve zum Bewertungsstichtag zzgl. eines anlagenspezifischen Risikoaufschlags, der sich an den am Markt beobachtbaren Spreads für gleichartige Vermögensgegenstände orientiert.

Nicht börsennotierte Unternehmensanleihen werden ebenfalls gemäß Artikel 10 Absatz 6 (b) und Absatz 7 (b) mittels Zinssatz und Creditspreads unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewertet. In diesen Fällen werden die Zeitwerte mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen ermittelt. Die Bewertung basiert auf der restlaufzeitadäquaten Euro-Swap-Kurve zum Bewertungsstichtag zzgl. eines anlagenspezifischen Risikoaufschlags, der sich an den am Markt beobachtbaren Spreads für gleichartige Vermögensgegenstände orientiert.

Der Anteil der unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewerteten Unternehmensanleihen am Gesamtbestand betrug 60,2 %.

Die Bewertung der Unternehmensanleihen basiert entweder auf direkt an Märkten gebildeten Preisen oder auf Zinskurven und Credit Spreads und damit auf direkt an Märkten beobachtbaren Inputfaktoren und ist daher als angemessen zu betrachten. Bewertungsunsicherheiten resultieren im Wesentlichen aus der Auswahl der Referenz-Vermögenswerte im Hinblick auf die Festlegung der Risikoaufschläge.

An Märkten gebildete Preise enthalten bereits die Erwartungen der Marktteilnehmer bezüglich der künftigen Entwicklung der Vermögenswerte. Bei der Bewertung der Unternehmensanleihen anhand der Discounted-Cash-Flow-Methode werden Erwartungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Vermögensgegenstände im Rahmen des verwendeten Risikoaufschlags berücksichtigt.

Bei der Bewertung von Vermögensgegenständen ist grundsätzlich die Verwendung von an aktiven Märkten gebildeten Marktpreisen für identische Vermögensgegenstände gefordert. Ist dies nicht möglich, können alternative Bewertungsmethoden angewandt werden, wobei die verwendeten Bewertungsparameter höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz aufweisen müssen.

Die gewählten Bewertungsmethoden stehen mit den in Artikel 10 Absatz 7 (a) und (b) DVO genannten Ansätzen in Einklang. Die Angemessenheit der Bewertung wird sichergestellt, indem die verwendeten Inputfaktoren regelmäßig auf eben diese Kriterien - höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz - geprüft werden.

Im Rahmen von Solvency II wurde ein um 34.190 TEUR geringerer Wert als im HGB-Jahresabschluss ermittelt.

Die Differenz resultiert aus der Tatsache, dass die Unternehmensanleihen im Jahresabschluss abweichend zur Solvabilitätsübersicht nicht zu Marktwerten, sondern gemäß der jeweiligen HGB-Vorschriften folgendermaßen bilanziert und bewertet werden:

Börsennotierte Unternehmensanleihen werden für die Zwecke des HGB-Abschlusses zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert und grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Für ausgewählte Inhaberschuldverschreibungen wird von der Möglichkeit des § 341b Absatz 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) Gebrauch gemacht. Bei diesen Papieren findet das gemilderte Niederstwertprinzip Anwendung.

Bei nicht börsennotierten Unternehmensanleihen mit Kuponzahlung, die als Namensschuldverschreibung ausgestattet sind, werden die Nennwerte aktiviert, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen. Im Falle von Schuldscheindarlehen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen.

Bei Unternehmensanleihen, die als Zerobonds ausgestattet sind, werden die fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen.

Organismen für gemeinsame Anlagen (S.02.01, C0010/R0180)

Zum Berichtsstichtag betrug der Wert der Organismen für gemeinsame Anteile 113.916 TEUR (Vorjahr: 142.142 TEUR).

Organismen für gemeinsame Anlagen werden mit den von den Kapitalverwaltungsgesellschaften mitgeteilten Rücknahmekursen bewertet. Die Rücknahmekurse ergeben sich aus dem zur Anzahl der ausgegebenen Anteile in Beziehung gesetzten Fondsvermögen (Summe aller sich im Fonds befindlichen Vermögenswerte). Die Angemessenheit der Bewertung dieser Vermögenswerte sowie der verwendeten Bewertungsmethoden wird durch den Wirtschaftsprüfer der Kapitalverwaltungsgesellschaft geprüft und testiert.

Bei der Bewertung von Vermögenswerten ist grundsätzlich die Verwendung von an aktiven Märkten gebildeten Marktpreisen für identische Vermögensgegenstände gefordert. Ist dies nicht möglich, können alternative Bewertungsmethoden angewandt werden, wobei die verwendeten Bewertungsparameter höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz aufweisen müssen. Der Anteil der mit alternativen Bewertungsmethoden bewerteten Anlagen am Gesamtbestand betrug 87,6 %. Für 12,4 % der Anlagen existierten Marktpreise auf aktiven Märkten.

Die gewählte Bewertungsmethode steht mit dem in Artikel 10 Absatz 7 (a) DVO genannten Ansatz in Einklang. Die Angemessenheit der Bewertung wird sichergestellt, indem die verwendeten Inputfaktoren regelmäßig auf eben diese Kriterien - höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz - geprüft werden.

Im Rahmen von Solvency II wurde ein um 17.793 TEUR geringerer Wert als im HGB-Jahresabschluss ermittelt.

Diese Differenz resultiert aus der Tatsache, dass die Organismen für gemeinsame Anlagen im Jahresabschluss abweichend zur Solvabilitätsübersicht nicht zu Marktwerten, sondern gemäß der jeweiligen HGB-Vorschriften zu Anschaffungskosten bilanziert und grundsätzlich unter Berücksichtigung des strengen Niederwertprinzips bewertet werden. Für ausgewählte Vermögenswerte in dieser Bilanzposition wird von der Möglichkeit des § 341b Absatz 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) Gebrauch gemacht. Bei diesen Papieren findet das gemilderte Niederwertprinzip Anwendung.

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten (S.02.01, C0010/R0200)

Zum Berichtsstichtag betrug der Wert der Einlagen 18.900 TEUR (Vorjahr: 27.100 TEUR).

Die Einlagen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen bewertet. Bewertungsunsicherheiten resultieren im Wesentlichen aus möglichen, jedoch sehr geringen Laufzeitdifferenzen. Aufgrund der sehr kurzen Laufzeit von Einlagen spielen Erwartungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Vermögensgegenstände keine Rolle.

Bei der Bewertung von Vermögensgegenständen ist grundsätzlich die Verwendung von an aktiven Märkten gebildeten Marktpreisen für identische Vermögensgegenstände gefordert. Ist dies nicht möglich, können alternative Bewertungsmethoden angewandt werden, wobei die verwendeten Bewertungsparameter höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz aufweisen müssen.

Die gewählten Bewertungsmethoden stehen mit den in Artikel 10 Absatz 7 c) DVO genannten Ansatz in Einklang. Die Angemessenheit der Bewertung wird sichergestellt, indem die verwendeten Inputfaktoren regelmäßig auf eben diese Kriterien - höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz - geprüft werden.

Der Bewertungsansatz in der Solvabilitätsübersicht entspricht dem Bewertungsansatz im HGB-Jahresabschluss. Es ergab sich somit keine Differenz.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Zum Berichtsstichtag betrug der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen 289.199 TEUR. Die Zusammensetzung der versicherungstechnischen Rückstellungen kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Versicherungstechnische Rückstellungen	31.12.2022	31.12.2021
	TEUR	TEUR
Bester Schätzwert	281.218	329.162
Risikomarge	7.980	9.542
Versicherungstechnische Rückstellungen	289.199	338.704

Die Aufstellung der Solvabilitätsübersicht erfordert die marktwertnahe Bewertung der einzelnen Positionen. Da für die versicherungstechnischen Rückstellungen keine Marktwerte existieren, wird auf den Best Estimate (den besten Schätzwert) zurückgegriffen. Für die versicherungstechnischen Rückstellungen versteht man darunter den Barwert der zukünftigen Zahlungsströme, der unter Anwendung realistischer Annahmen und der maßgeblichen risikofreien Zinsstrukturkurve berechnet wurde.

In den folgenden Abschnitten werden die Vorgehensweise zur Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen erläutert und die Ergebnisse der Berechnung dargestellt.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen setzen sich zusammen aus der Best Estimate Schadenrückstellung, der Best Estimate Prämienrückstellung und der Risikomarge.

Die Ermittlung der Best Estimate Schadenrückstellung erfolgt auf der Grundlage eines aktuariell anerkannten Bewertungsverfahrens unter Beachtung der Charakteristik der Schadendaten. Dabei werden Ausreißereffekte, Kalenderjahreseffekte, Bewertungsmuster und Backtestinginformationen sowie Einzelschadeninformationen berücksichtigt und zusätzlich zukünftig erwartete Gebührenerhöhungen mit einbezogen.

Die Brutto-Prämienrückstellung wird als abgezinster Wert aller Brutto-Cash-Flows bestimmt, die aus dem zum Stichtag vorhandenen Bestand resultieren. Hierbei wird die juristische Restlaufzeit der Verträge berücksichtigt. Der Brutto-Cash-Flow ergibt sich als Beitrags-Cash-Flow abzüglich Schaden-Cash-Flow abzüglich Kosten-Cash-Flow. Für den Beitrags-Cash-Flow werden geeignete Stornoquoten berücksichtigt. Der Schaden-Cash-Flow wird unter Verwendung einer aktuariell geschätzten Brutto-Schadenquote, dem Beitrags-Cash-Flow und eines Anfalljahresabwicklungsmusters prognostiziert. Der Kosten-Cash-Flow wird über die Anwendung einer geschätzten Kostenquote auf den prognostizierten Beitrags-Cash-Flow ermittelt.

Die Risikomarge wird nach den Vorgaben der Standardformel gemäß dem Cost-of-Capital-Ansatz ermittelt. Dazu wird die Solvenzkapitalanforderung in einem Run-Off-Ansatz für zukünftige Bilanzstichtage projiziert. Die Projektion der Solvenzkapitalanforderung erfolgt separat je Submodul anhand geeigneter Risikotreiber. Die gesamte Solvenzkapitalanforderung ergibt sich dann aus der Aggregation der Teil-Solvvenzkapitalanforderungen gemäß Standardformel. Über die so ermittelte jährliche Gesamt-Solvvenzkapitalanforderung wird unter Verwendung der maßgeblichen Zinsstrukturkurve ein Barwert gebildet. Die Risikomarge ergibt sich dann aus der Multiplikation des Kapitalkostensatzes in Höhe von 6 % mit dem ermittelten Barwert. Für die DEURAG wird die Risikomarge vollständig der Sparte Rechtsschutz zugeordnet.

Für einen großen Teil der Rückstellungen wird ein Backtesting durchgeführt. Aus dem Backtesting ist ersichtlich, dass die verwendeten Bewertungsverfahren angemessen und der Grad der damit verbundenen Unsicherheit als beherrschbar anzusehen ist.

Rückstellungen nach dem Handelsgesetzbuch und nach Solvency II werden nach unterschiedlichen Bewertungsansätzen gebildet. Die Rückstellungsbildung nach dem Handelsgesetzbuch erfolgt unter anderem nach dem Vorsichtsprinzip. Demgegenüber basiert die Bewertung unter Solvency II auf einer Marktwertsicht. Für die einzelnen Rückstellungen wird hier ein Wert nach dem Prinzip einer besten Schätzung ermittelt, zusätzliche Sicherheiten werden anschließend über die Risikomarge dargestellt. Diese unterschiedliche Sichtweise führt zu Abweichungen in zentralen Punkten:

- eine Schwankungsrückstellung, wie in der Bilanzierung nach dem Handelsgesetzbuch, ist unter Solvency II nicht vorhanden
- eine Prämienrückstellung findet sich in der Bilanzierung nach dem Handelsgesetzbuch nicht

- im Gegensatz zur Bilanzierung nach dem Handelsgesetzbuch sind unter Solvency II (im Rahmen der Prämienrückstellung) auch erwartete zukünftige Gewinne aus bestehenden Vertragsverhältnissen enthalten
- im Gegensatz zur Bilanzierung nach dem Handelsgesetzbuch werden unter Solvency II für Verpflichtungen nach Art der Schadenversicherung Abzinsungseffekte grundsätzlich mit berücksichtigt

Die Ergebnisse der Bewertungen nach Solvency II und dem Handelsgesetzbuch sind aufgrund der oben genannten konzeptionellen Bewertungsunterschiede nicht vergleichbar.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen (Netto) gemäß Handelsgesetzbuch werden im Geschäftsbericht veröffentlicht. Sie betragen 375.639 TEUR, wovon die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle 336.736 TEUR ausmache.

Hinsichtlich der beschriebenen Vorgehensweise haben sich im Berichtsjahr keine wesentlichen Änderungen ergeben.

Auf die Anwendung von Übergangsmaßnahmen gemäß der Artikel 77 b) und d) der Richtlinie 2009/138/EG sowie gemäß Artikel 308 c) und d) derselben Richtlinie wurde grundsätzlich verzichtet.

Gegenüber Rückversicherern bestehen zum Stichtag keine wesentlichen einforderbaren Beträge.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick der sonstigen Verbindlichkeiten der DEURAG:

Sonstige Verbindlichkeiten	31.12.2022	31.12.2021
	TEUR	TEUR
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	6.677	3.669
Rentenzahlungsverpflichtungen	3.333	3.619
Latente Steuerschulden	25.115	10.174
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	1
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern und Vermittlern	4.424	3.112
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	0	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	362	108
Nachrangige Verbindlichkeiten	27.061	25.727
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	3.461	4.003
Sonstige Verbindlichkeiten	359.631	389.118

Als bedeutsame Sonstige Verbindlichkeiten werden im Folgenden dargestellt:

- Latente Steuerschulden
- Nachrangige Verbindlichkeiten

Latente Steuerschulden (C0010/R0780)

Der Wert der latenten Steuerschulden zum 31. Dezember 2022 betrug 25.115 TEUR.

Die Bedeutsamkeit der latenten Steuerschulden ergibt sich insbesondere aus der risikoabsorbierenden Wirkung der latenten Steuern in der Bestimmung des Solvenzkapitalbedarfs.

Im Zusammenhang mit darzustellenden Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen der Solvabilitätsbeurteilung ergeben sich die latenten Steuerschulden aus den temporären Differenzen zwischen den einzelnen Bilanzpositionen der Steuerbilanz und der Solvabilitätsübersicht. Zur Berechnung der latenten Steuerschulden werden diese Differenzen mit einem individuellen, jeweils gültigen latenten Steuersatz bewertet. Die angewendete Bewertungsmethodik entspricht den gängigen Verfahren.

Die mit der beschriebenen Bewertungsmethodik einhergehende Unsicherheit ist insgesamt als nicht wesentlich einzuschätzen, da sowohl die Steuerbilanz als auch die HGB-Bilanz regelmäßig extern geprüft werden. Die Angemessenheit der beschriebenen Methodik wird zudem im Rahmen der Prüfung der Solvabilitätsübersicht durch den Wirtschaftsprüfer einer jährlichen Überprüfung unterzogen.

In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten (C0010/R0870)

Der Wert der nachrangigen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2021 betrug 27.061 TEUR.

Die Bedeutsamkeit der in den Basiseigenmitteln aufgeführten nachrangigen Verbindlichkeiten ergibt sich aus der direkten Wirkung auf die anrechenbaren Eigenmittel zur Deckung des Solvenzkapitalbedarfs.

Es bestehen zwei Nachrangdarlehen mit einem Nominalwert von jeweils 10.000 TEUR, die jeweils eine Laufzeit von 10 Jahre haben. Sie enden im Dezember 2026 bzw. 2027. Zwei weitere Nachrangdarlehen mit einem Nominalwert von jeweils 5.000 TEUR wurden im Dezember 2021 bzw. Juni 2022 aufgenommen und haben ebenfalls eine Laufzeit von 10 Jahren. Diese Darlehen enden im Dezember 2031 bzw. Juni 2032.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten werden gemäß Artikel 10 Absatz 6 (b) und Absatz 7 (b) DVO mittels Zinssatz und Creditspreads unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewertet. In diesen Fällen werden die Zeitwerte mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen ermittelt. Die Bewertung basiert auf der restlaufzeitadäquaten Euro-Swap-Kurve zum Bewertungsstichtag zzgl. eines anlagespezifischen Risikoaufschlages, der sich an den am Markt beobachtbaren Spreads für gleichartige Vermögensgegenstände orientiert.

Die Bewertung der nachrangigen Verbindlichkeiten basiert entweder auf direkt an Märkten gebildeten Preisen oder auf Zinskurven und Creditspreads und damit auf direkt an Märkten beobachtbaren Inputfaktoren und ist daher als angemessen zu betrachten. Bewertungsunsicherheiten resultieren im Wesentlichen aus der Auswahl der Referenz-Vermögenswerte im Hinblick auf die Festlegung der Risikoaufschläge.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Die Beschreibung etwaig angewandter alternativer Berechnungsmethoden findet sich direkt in den Beschreibungen der Unterabschnitte aus D.1 bis D.3.

D.5 Sonstige Angaben

Sonstige wichtige Angaben finden sich direkt in den Beschreibungen der Unterabschnitte aus D.1 bis D.3.

E. Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

E.1.1 Grundsätze des Eigenmittelmanagements

Grundlage für das Eigenmittelmanagement der Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe ist die Kapitalmanagementstrategie, die sich an der Geschäfts- und Risikostrategie orientiert. Die Kapitalmanagementstrategie gibt Ziele für die Entwicklung der Eigenmittel unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, des Risikotragfähigkeitskonzeptes und der Ertragslage vor. Das Eigenmittelmanagement ist integraler Bestandteil des Konzernsteuerungsprozesses der SIGNAL IDUNA Gruppe. Die DEURAG führt das Kapitalmanagement eigenständig nach den Vorgaben der Gruppe.

Ausgehend von der Anforderung der Kapitalmanagementstrategie werden mittelfristige Eigenmittellpläne sowohl nach den Ergebnissen aus dem Gesamtsolvenzmodell als auch nach der aufsichtsrechtlichen Standardformel aufgestellt. Dabei setzt die Eigenmittelplanung für beide Betrachtungsebenen auf den mittelfristigen Projektionsrechnungen auf, die mit den im Geschäftsplan gemachten Annahmen korrespondieren. Die konkreten Eigenmittellpläne stellen die Struktur und Qualität der Eigenmittel über den Zeitraum der Geschäftsplanung von derzeit drei Jahren dar und zeigen bei Bedarf auch eventuelle Handlungsnotwendigkeiten und Gegensteuerungsmaßnahmen auf.

Für das Controlling und die unterjährige Überwachung des Eigenmittellplans werden zum einen alle wesentlichen Veränderungen und Neuerungen mit Auswirkungen auf die Eigenmittelsituation laufend beobachtet. Zum anderen werden die konkreten Istwerte mit den Planwerten verglichen und analysiert. Darüber hinaus erfolgen Aktualisierungen auf der Grundlage von mittelfristigen Hochrechnungen. Durch Veränderungen bei dem Risikoprofil, den Eigenmitteln und der Bedeckungssituation oder auch durch andere Gründe können sich Anpassungen bei der Eigenmittelkonstellation ergeben. Dafür sind Einzelmaßnahmen definiert, die im Bedarfsfall zu einer beabsichtigten Erhöhung oder auch Reduzierung der Eigenmittel eingesetzt werden können.

E.1.2 Informationen zur Eigenmittelzusammensetzung

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 belief sich der Betrag an verfügbaren Basiseigenmitteln auf 118.915 TEUR. Diese Mittel setzten sich aus dem „Überschuss der Vermögensgegenstände gegenüber den Verbindlichkeiten“ (91.854 TEUR / Eigenmittel nach Tier 1) sowie der Position „Nachrangige Darlehen“ (27.061 TEUR / Eigenmittel nach Tier 2) zusammen.

E.1.3 Bewertungsunterschiede zwischen der lokalen Rechnungslegung und Solvency II

Das Eigenkapital des nach HGB bilanzierten Jahresabschlusses belief sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 auf 58.037 TEUR und setzte sich zusammen aus den HGB-Eigenkapitalpositionen „Gezeichnetes Kapital“ (29.093 TEUR), „Kapitalrücklage“ (9.732 TEUR), „gesetzliche Rücklage“ (205 TEUR), „andere Gewinnrücklagen“ (13.617 TEUR) und „Bilanzgewinn“ (5.390 TEUR).

Im Rahmen der Berechnung der Eigenmittel im Sinne des Artikels 88 der EU-Richtlinie 2009/138/EG (Solvency II-Richtlinie) stellt die Solvabilitätsübersicht den Ausgangspunkt dar, wobei sich im Vergleich zur HGB-Bilanz vor allem bei den Kapitalanlagen und den versicherungstechnischen Rückstellungen hohe Unterschiede aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsprinzipien ergeben. Die wesentlichen Bewertungsunterschiede bei den Bilanzpositionen wurden bereits in vorangegangenen Kapiteln dieses Berichts erläutert. Nach der so ermittelten Solvabilitätsübersicht betrug der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten 91.854 TEUR (Vorjahr: 89.052 TEUR).

E.1.4 Übersicht der Basiseigenmittel aus Übergangsmaßnahmen

Eigenmittel aus Übergangsmaßnahmen werden nicht angesetzt.

E.1.5 Übersicht der ergänzenden Eigenmittel

Hierzu ergeben sich keine berichtspflichtigen Angaben.

E.1.6 Übersicht der Abzugspositionen

Abzugsposten waren nicht zu berücksichtigen.

E.1.7 Informationen zum Verlustausgleichsmechanismus

Hierzu ergeben sich keine berichtspflichtigen Angaben.

E.1.8 Erläuterungen zum Ausgleichssaldo

Der Eigenmittelbestandteil „Ausgleichsrücklage“ entspricht dem Gesamtüberschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzüglich bestimmter Posten, wie zum Beispiel eigene Aktien und vorhersehbare Dividenden, und umfasst damit implizit die Gewinnrücklagen. Die Mittel der „Ausgleichsrücklage“ stehen uneingeschränkt für einen Verlustausgleich und als Eigenmittelbestandteil zur Verfügung.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Aufgrund der Fristenregelung wurde vor Veröffentlichung dieses Berichtes keine aufsichtsrechtliche Prüfung der Berechnungen der Solvabilitätskapitalanforderung vorgenommen, so dass der endgültige Betrag noch der Prüfung unterliegt.

E.2.1 Detaildarstellung zur Solvenzkapitalanforderung

Die nachstehende Tabelle zeigt die SCR-Zusammensetzung nach Risikokategorien. Die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern wird dabei maximal bis zu dem Betrag berücksichtigt, an dem die Netto-Steuerverbindlichkeiten gleich Null sind.

Risikokategorien	31.12.2022	31.12.2021
	TEUR	TEUR
Marktrisiko	39.076	38.720
Ausfallrisiko	1.544	2.027
Versicherungstechnisches Risiko „Schadenversicherung“	48.787	65.709
Diversifikationseffekt	-18.922	-21.217
BSCR	70.485	85.238
Operationelles Risiko	8.437	9.875
Risikominderung aus latenten Steuern	-4.447	-7.631
SCR	74.475	87.482

E.2.2 Detaildarstellung zur Mindestkapitalanforderung

Die Mindestkapitalanforderung (MCR) stellt die geringere der beiden von Aufsichtsseite unter VAG definierten Kapitalanforderungen dar und ist unbedingt jederzeit vom Unternehmen einzuhalten.

Das MCR berechnet sich nach § 122 VAG in Verbindung mit Artikel 129 der Solvency II-Richtlinie als eine lineare Funktion von Prämien und versicherungstechnischen Rückstellungen. Für das MCR gilt ein Korridor von 25 % (Untergrenze) bis 45 % (Obergrenze) des SCR.

Darüber hinaus gilt in Abhängigkeit der betriebenen Geschäftsbereiche eine absolute Kapitaluntergrenze. Diese liegt bei 2.700 TEUR.

Die Mindestkapitalanforderung (MCR) der DEURAG zum 31. Dezember 2022 ergab sich durch Kappung des SCR auf 45 % und betrug 33.514 TEUR (Vorjahr: 39.367 TEUR).

E.2.3 Angaben zu vereinfachten Berechnungen

Es werden keine vereinfachten Berechnungen angewendet.

E.2.4 Angaben zu unternehmensspezifischen Parametern und Kapitalaufschlägen

Für die Berechnung der Solvabilitätskapitalanforderung mit Hilfe der Standardformel werden zur Bestimmung des Prämien- und Reserverisiko im Risikomodul versicherungstechnisches Risiko Schadenversicherung unternehmensspezifische Parameter verwendet. Der unternehmensspezifische Parameter für das Nichtlebensversicherungsrückstellungsrisiko wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mit Bescheid vom 1. Dezember 2015 genehmigt. Der unternehmensspezifische Parameter für das Prämienrisiko wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mit Bescheid vom 13. Dezember 2022 genehmigt und wurde erstmalig zum Stichtag 31.12.2022 angewandt.

Ein Kapitalaufschlag wurde durch die BaFin nicht auferlegt.

E.2.5 Bei der Berechnung der Mindestkapitalanforderung verwendete Inputs

Aufgrund der Größe der DEURAG lag das MCR deutlich über der absoluten Untergrenze für das MCR und berechnete sich somit aus dem linearen MCR, das auf 25 % bis 45 % des SCR gekappt ist. Schließlich ergab es sich als 45 % des SCR (siehe Kapitel E.2.2).

E.2.6 Änderungen der Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung im Berichtszeitraum

Bei der SIGNAL IDUNA Gruppe werden Änderungen des Gesamt-SCR um 10 % oder mehr als wesentlich angesehen.

Es haben sich im Berichtszeitraum wesentliche Änderungen der Solvenzkapitalanforderung ergeben. Die nach der Standardformel ermittelte Solvenzkapitalanforderung (SCR) betrug 74.475 TEUR (Vorjahr: 87.482 TEUR). Die Änderung der Solvenzkapitalanforderung ergab sich vor allem aus der erstmaligen Anwendung des unternehmensspezifischen Parameters für das Prämienrisiko.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko gem. Art. 304 der EU-Richtlinie 2009/138/EG wurde zum Berichtsstichtag nicht angewendet.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwaig verwendeten internen Modellen

Ein internes Modell wurde nicht eingesetzt.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Die Mindestkapitalanforderung sowie die Solvenzkapitalanforderung wurden im gesamten Berichtszeitraum eingehalten.

E.6 Sonstige Angaben

Über die in diesem Kapitel dargestellten Informationen hinaus erfolgen keine weiteren Ausführungen.

Anlagen

Im Anhang sind die Meldebögen (QRTs) gemäß Art. 4 der Durchführungsverordnung 2015/2452 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich der Verfahren und Formate abgebildet. Die Darstellung der Werte erfolgt in der Einheit „Tausend Euro“ ohne Nachkommastellen. Es werden lediglich die Meldebögen dargestellt, in denen Werte enthalten sind.

S.02.01.02.01: Bilanz

Solvabilität-II-Wert

C0010

Vermögenswerte

Geschäftswert	R0010	
Aufgeschobene Anschaffungskosten	R0020	
Immaterielle Vermögenswerte	R0030	0
Latente Steueransprüche	R0040	20.668
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	R0050	0
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	R0060	7.868
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070	414.178
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080	3.419
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090	25
Aktien	R0100	16
Aktien – notiert	R0110	
Aktien – nicht notiert	R0120	16
Anleihen	R0130	277.902
Staatsanleihen	R0140	16.192
Unternehmensanleihen	R0150	261.710
Strukturierte Schuldtitel	R0160	
Besicherte Wertpapiere	R0170	
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180	113.916
Derivate	R0190	
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200	18.900
Sonstige Anlagen	R0210	
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220	
Darlehen und Hypotheken	R0230	0
Policendarlehen	R0240	
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	R0250	
Sonstige Darlehen und Hypotheken	R0260	0
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	R0270	249
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0280	249
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	R0290	249
nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0300	0
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0310	0
nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0320	0
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0330	0
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340	0
Depotforderungen	R0350	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	4.917
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	103
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	1.325
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390	0
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	2.105
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	73
Vermögenswerte insgesamt	R0500	451.485

Verbindlichkeiten		
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	289.199
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	289.199
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530	
Bester Schätzwert	R0540	281.218
Risikomarge	R0550	7.980
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560	0
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570	
Bester Schätzwert	R0580	0
Risikomarge	R0590	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	0
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	0
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620	
Bester Schätzwert	R0630	0
Risikomarge	R0640	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650	0
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660	
Bester Schätzwert	R0670	0
Risikomarge	R0680	
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	0
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700	
Bester Schätzwert	R0710	0
Risikomarge	R0720	
Sonstige Versicherungstechnische Rückstellungen	R0730	
Eventualverbindlichkeiten	R0740	0
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	6.677
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	3.333
Depotverbindlichkeiten	R0770	0
Latente Steuerschulden	R0780	25.115
Derivate	R0790	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	0
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	0
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	4.424
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	362
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	27.061
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	0
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	27.061
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	3.461
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900	359.631
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000	91.854

Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)													Gesamt
Krankheitskostenversicherung	Einkommensersatzversicherung	Arbeitsunfallversicherung	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrversicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Kredit- und Kautionsversicherung	Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste		
C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0110	C0120	C0200	
Gebuchte Prämien													
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110								179.680			179.680	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120												
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130												
Anteil der Rückversicherer	R0140								4			4	
Netto	R0200								179.676			179.676	
Verdiente Prämien													
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210								179.868			179.868	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220												
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230												
Anteil der Rückversicherer	R0240								4			4	
Netto	R0300								179.864			179.864	
Aufwendungen für Versicherungsfälle													
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310								114.475			114.475	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320												
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330												
Anteil der Rückversicherer	R0340								0			0	
Netto	R0400								114.475			114.475	
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen													
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410								-3			-3	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420												
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430												
Anteil der Rückversicherer	R0440								0			0	
Netto	R0500								-3			-3	
Angefallene Aufwendungen	R0550								62.381			62.381	
Sonstige Aufwendungen	R1200												
Gesamtaufwendungen	R1300											62.381	

S.23.01.01.01: Eigenmittel

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	R0010
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	R0030
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen	R0040
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit	R0050
Überschussfonds	R0070
Vorzugsaktien	R0090
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio	R0110
Ausgleichsrücklage	R0130
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0140
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	R0160
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden	R0180
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen	
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen	R0220

Abzüge

Abzüge für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten	R0230
Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen	R0290

Ergänzende Eigenmittel

Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann	R0300
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können	R0310
Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können	R0320
Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen	R0330
Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0340
Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0350
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0360
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0370
Sonstige ergänzende Eigenmittel	R0390
Ergänzende Eigenmittel gesamt	R0400

Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
29.093	29.093		0	
9.732	9.732		0	
0			0	0
0	0			
0			0	0
53.029	53.029			
27.061			27.061	0
0				0
0	0		0	0
118.915	91.854		27.061	0
0			0	
0			0	
0			0	0
0			0	0
0			0	0
0			0	0
0			0	0
0			0	0
0			0	0

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0500	118.915	91.854	0	27.061	0
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0510	118.915	91.854	0	27.061	
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0540	118.915	91.854	0	27.061	0
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0550	98.557	91.854	0	6.703	
SCR	R0580	74.475				
MCR	R0600	33.514				
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR	R0620	160%				
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR	R0640	294%				

S.23.01.01.02: Ausgleichsrücklage

C0060

Ausgleichsrücklage

Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R0700	91.854				
Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)	R0710					
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	R0720	0				
Sonstige Basiseigenmittelbestandteile	R0730	38.825				
Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden	R0740					
Ausgleichsrücklage - gesamt	R0760	53.029				
Erwartete Gewinne						
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung	R0770	0				
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung	R0780	19.114				
Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)	R0790	19.114				

S.25.01.21.01: Basissolvenzkapitalanforderung

Marktrisiko
Gegenparteausfallrisiko
Lebensversicherungstechnisches Risiko
Krankenversicherungstechnisches Risiko
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
Diversifikation
Risiko immaterieller Vermögenswerte
Basissolvenzkapitalanforderung

	Brutto-Solvenzkapitalanforderung	Vereinfachungen
	C0110	C0120
R0010	39.076	
R0020	1.544	
R0030	0	
R0040	0	
R0050	48.787	
R0060	-18.922	
R0070	0	
R0100	70.485	

S.25.01.21.02: Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Operationelles Risiko
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG
Solvvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag
Kapitalaufschlag bereits festgesetzt
Solvvenzkapitalanforderung
Weitere Angaben zur SCR
Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für den übrigen Teil
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304

	Wert
	C0100
R0130	8.437
R0140	0
R0150	-4.447
R0160	0
R0200	74.475
R0210	0
R0220	74.475
R0400	0
R0410	0
R0420	0
R0430	0
R0440	0

S.25.01.21.03: Basissolvenzkapitalanforderung (USP)

		USP	
		C0090	
Lebensversicherungstechnisches Risiko	R0030		Keine
Krankenversicherungstechnisches Risiko	R0040		Keine
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	R0050	Standardabweichungen für das Nichtlebensversicherungsrückstellungs- und Prämienrisiko	

S.25.01.21.04: Annäherung an den Steuersatz

		Ja/Nein	
		C0109	
Annäherung auf Basis des durchschnittlichen Steuersatzes	R0590	Annäherung auf Basis des durchschnittlichen Steuersatzes	

S.25.01.21.05: Berechnung der Verlustaufnahmefähigkeit der latenten Steuern

		LAC DT	
		C0130	
LAC DT	R0640		-4.447
LAC DT begründet durch die Umkehrung der passiven latenten Steuern	R0650		-4.447
LAC DT begründet durch wahrscheinliche zukünftig zu versteuernde Gewinne	R0660		0
LAC DT begründet durch Rücktrag, Verluste aus laufendem Jahr	R0670		0
LAC DT begründet durch Rücktrag, Verluste aus allen zukünftigen Jahren	R0680		0
Maximaler LAC DT	R0690		-24.891

S.28.01.01.02: Hintergrundinformationen

		Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
		C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020	0	0
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030	0	0
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040	0	0
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050	0	0
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060	0	0
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070	0	0
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080	0	0
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090	0	0
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100	0	0
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110	280.969	179.680
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120	0	0
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130	0	0
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140	0	0
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150	0	0
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160	0	0
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170	0	0

S.28.01.01.05: Berechnung der Gesamt-MCR

		C0070
Lineare MCR	R0300	43.608
SCR	R0310	74.475
MCR-Obergrenze	R0320	33.514
MCR-Untergrenze	R0330	18.619
Kombinierte MCR	R0340	33.514
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	2.500
Mindestkapitalanforderung	R0400	33.514

S.17.01.02.01: Versicherungstechnische Rückstellungen –Nichtlebensversicherung

		Nichtlebensversicherungsverpflichtungen gesamt	
		Rechtsschutzversicherung C0110	C0180
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010		
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0050		
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge			
Beste Schätzwert			
Prämienrückstellungen			
Brutto	R0060	17.554	17.554
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0140	0	0
Bester Schätzwert (netto) für Prämienrückstellungen	R0150	17.554	17.554
Schadenrückstellungen			
Brutto	R0160	263.664	263.664
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0240	249	249
Bester Schätzwert (netto) für Schadenrückstellungen	R0250	263.415	263.415
Bester Schätzwert gesamt – brutto	R0260	281.218	281.218
Bester Schätzwert gesamt – netto	R0270	280.969	280.969
Risikomarge	R0280	7.980	7.980
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen			
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0290		
Bester Schätzwert	R0300		
Risikomarge	R0310		
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt			
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0320	289.199	289.199
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen – gesamt	R0330	249	249
Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0340	288.950	288.950

S.19.01.21.01: Bezahlte Bruttoschäden (nicht kumuliert) - Entwicklungsjahr (absoluter Betrag). Nichtlebensversicherungsgeschäft gesamt

Jahr		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0110
Vor	R0100											4.310
N-9	R0160	23.057	33.790	14.166	8.151	5.420	4.376	3.682	2.241	1.821	1.823	
N-8	R0170	25.663	35.190	15.462	8.574	6.333	4.241	2.840	2.443	2.113		
N-7	R0180	30.880	44.658	18.397	11.081	8.114	4.543	4.024	2.778			
N-6	R0190	32.518	41.678	18.455	11.330	8.173	6.144	4.137				
N-5	R0200	27.205	35.657	15.780	10.010	8.853	5.495					
N-4	R0210	25.541	35.143	14.084	10.756	7.836						
N-3	R0220	26.022	32.232	15.556	9.649							
N-2	R0230	24.464	34.011	14.077								
N-1	R0240	23.848	29.218									
N	R0250	21.856										

S.19.01.21.02: Bezahlte Bruttoschäden (nicht kumuliert) - im laufenden Jahr, Summe der Jahre (kumuliert). Nichtlebensversicherungsgeschäft gesamt

		im laufenden Jahr	Summe der Jahre (kumuliert)
		C0170	C0180
Vor	R0100	4.310	4.310
N-9	R0160	1.823	98.525
N-8	R0170	2.113	102.859
N-7	R0180	2.778	124.475
N-6	R0190	4.137	122.433
N-5	R0200	5.495	102.999
N-4	R0210	7.836	93.360
N-3	R0220	9.649	83.460
N-2	R0230	14.077	72.552
N-1	R0240	29.218	53.065
N	R0250	21.856	21.856
Gesamt	R0260	103.292	879.896

S.19.01.21.03: Bester Schätzwert (brutto) für nicht abgezinste Schadenrückstellungen - Entwicklungsjahr (absoluter Betrag). Nichtlebensversicherungsgeschäft gesamt

Jahr		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +
		C0200	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0290	C0300
Vor	R0100											18.835
N-9	R0160	0	0	0	22.956	17.210	12.585	12.690	11.366	9.790	8.448	
N-8	R0170	0	0	31.851	24.123	16.967	15.179	13.635	10.771	10.993		
N-7	R0180	0	48.138	37.024	26.140	22.497	19.483	15.390	12.782			
N-6	R0190	86.880	52.063	34.553	29.450	24.273	19.585	15.543				
N-5	R0200	84.246	45.384	34.654	28.075	23.163	18.788					
N-4	R0210	78.003	46.603	35.475	28.367	22.080						
N-3	R0220	85.753	49.728	37.178	28.652							
N-2	R0230	84.879	51.804	37.237								
N-1	R0240	79.879	42.761									
N	R0250	78.817										

S.19.01.21.04: Bester Schätzwert (brutto) für abgezinste Schadenrückstellungen - Jahresende (abgezinste Daten)

		Jahresende (abgezinste Daten)
		C0360
Vor	R0100	18.835
N-9	R0160	8.448
N-8	R0170	10.993
N-7	R0180	12.782
N-6	R0190	15.543
N-5	R0200	18.788
N-4	R0210	22.080
N-3	R0220	28.652
N-2	R0230	37.237
N-1	R0240	42.761
N	R0250	78.817
Gesamt	R0260	263.664

S.22.01.21: Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

		Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei Zinssätzen	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Auswirkung einer Verringerung der Matching-Anpassung auf null
		C0010	C0030	C0050	C0070	C0090
Versicherungstechnische Rückstellungen	R0010	289.199	0	0	2.003	0
Basis eigenmittel	R0020	118.915	0	0	-1.328	0
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0050	118.915	0	0	-1.328	0
SCR	R0090	74.475	0	0	744	0
Für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0100	98.557	0	0	-1.261	0
Mindestkapitalanforderung	R0110	33.514	0	0	335	0